Sonntag, 11. Dezember 1921. **Einzelnummer 15 Mark.** 60. Jahrgang. **Nr. 240.**

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis für Monat Dezember M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt . . . . . 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 40.— M
Reklameteil 120.— M
Für Aufträge aus Deutschland 3.50 M.
im Reklameteil 10.— M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Landessynode.

Ein Rückblick und Ausblick.

Von dem Gange der Verhandlungen der Landessynode der „unierten evangelischen Kirche in Polen" im einzelnen sind unsere Leser durch fortlaufende Berichte in Kenntnis gesetzt worden. Wenn wir heute noch einen Rückblick darauf werfen, so geschieht das mit einem Gefühl aufrichtiger Freude und Genugtuung darüber, daß die Absichten, die bei der Einberufung der Synode geleitet hatten, die Erwartungen, mit denen die kirchlichen Vertreter der verschiedenen Landesteile zusammengekommen waren, die Hoffnungen, denen der allverehrte Oberhirte unserer Kirche, Herr Generalsuperintendent D. Blau, in seiner Erwiderung auf die Begrüßung des Präses der Synode, Generallandschaftsdirektors a. D. von Klitzing, Ausdruck gab, sich voll und ganz erfüllt haben.

Wie aus dem betreffenden Bericht erinnerlich sein wird, bestand zwischen der Staatsregierung und der Kirchenleitung, dem evangelischen Konsistorium und dem Provinzialsynodalvorstande, eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob, wie erstere wollte, die Synode den Charakter einer Generalsynode oder, wie es kirchlicherseits nur angesehen werden konnte, den einer Provinzialsynode tragen sollte. Beide Arten von Synoden sind bezüglich ihrer Einberufung und ihrer Rechte an besondere Bestimmungen gebunden. Unter einer Generalsynode versteht man die Zusammenfassung verschiedener Provinzialsynoden. Da solche hier fehlen und in der hier abgehaltenen Synode Teile der beiden früheren Provinzialsynoden für Posen und Westpreußen sowie einzelner kleiner Gebiete von Ostpreußen und Schlesien aufgegangen waren, konnte ihr nur die Bedeutung einer Provinzialsynode zugemessen werden. Synode machte sich diese von dem evangelischen Konsistorium bereits der Staatsregierung gegenüber vertretene Auffassung zu eigen, legte sich aber, um ihren Charakter als Vertretung der gesamten unierten evangelischen Kirche des Abtretungsgebietes zum Ausdruck zu bringen, die Bezeichnung „Landessynode" bei.

Zu den wenigen unserer Ueberzeugung nach segensreichen Folgen der Revolution gehört die allenthalben zunächst in Deutschland durchgeführte Trennung von Staat und Kirche. Wir verkennen keineswegs die Vorteile, die der Kirche aus ihrer engen Verbindung mit dem Staate da erwachsen sind, wo die Mehrzahl der Staatsbürger zugleich Glieder der Kirche waren und wir verstehen, warum die katholische Kirche in Polen für sich eine bevorrechtigte Stellung beansprucht. Aber die äußeren Vorteile des sog Landeskirchentums werden durch innere Schädigungen, Verquickung von geistlichen und weltlichen mehr als aufgewogen. Und wir sind gewiß, daß die evangelische Kirche, einmal von den Fesseln des Staates befreit, sich ihren eigenen Lebensgesetzen gemäß kräftiger und gesünder als bisher entwickeln wird. In der neuen Verfassung, die die unierte evangelische Kirche in Polen sich demnächst geben wird, muß diese Freiheit fest verankert und damit der Weiterentfaltung kirchlichen Lebens Bahn gemacht werden.

In einem gewissen Zusammenhange mit der Trennung von Staat und Kirche steht das wachsende Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, Glaubenseinheit und Geistesgemeinschaft in dem gesamten Protestantismus der Welt. Auch wir haben davon in den letzten Jahren etwas gespürt, so auf der bekannten Konferenz von leitenden Persönlichkeiten der verschiedenen evangelichen Kirchen, die in Upsala unter dem Vorsitz des evangelischen Erzbischofs Söderbloom stattfand. Und das war der Anlaß, den unsere Landessynode hatte, diesem hervorragenden Vertreter des ausländischen Protestantismus einen telegraphischen Gruß zu senden. Auch die namhafte Unterstützung, die von der „evangelischen Synode Nordamerikas" zur Begründung und Unterhaltung unseres Predigerseminars gewährt worden ist, zeigt, daß die Augen der Gesamtprotestantismus auf uns gerichtet sind und bedeutet eine Handreichung brüderlicher Liebe unserer Glaubensgenossen in fernen Ländern, die wir in ihrer Bedeutung für das Wachsen und Erstarken protestantischen Gemeingefühls nicht unterschätzen dürfen. Arbeiten wir daran, dieses in unseren eigenen Reihen mehr als bisher zu wecken und zu pflegen.

Die Tagung unserer „Landessynode" hat, das dürfen wir mit Genugtuung feststellen, damit einen verheißungsvollen Anfang gemacht. Während von der letzten außerordentlichen Provinzialsynode im Frühjahr 1920 Vertreter aus Pommerellen nur als Gäste teilnahmen, war die „Landessynode" aus Vertretern des gesamten Abtretungsgebietes zusammengesetzt. Und es war interessant und erhebend zu beobachten, wie diese Männer, die bisher verschiedenen Provinzialkirchen angehört hatten, zum Teil auch Mitglieder ihrer bisherigen Provinzialsynoden und einander persönlich fremd gewesen waren, schnell einander nahe kamen und ein deutliches Gefühl ihrer Zusammengehörigkeit, einer bei aller Verschiedenheit der Art und Auffassung im einzelnen bestehenden Einigkeit im Geiste bekamen. Wenn Schwarzseher gefürchtet hatten, die Synode könnte von vornherein in zwei einander, wenn nicht feindliche, so doch fremde Gruppen auseinanderfallen, und es würde überall heißen: „Hie Posen — hie Pommerellen", so wurden sie sehr bald eines Besseren belehrt. Selbstverständlich — es kann ja bei Deutschen und Protestanten nicht anders sein — gingen die Ansichten im Einzelnen oft auseinander, aber dann standen keineswegs Posener und Pommerellen gegeneinander, sondern jede Meinung hatte ihre Vertreter unter den Deputierten von hüben und drüben. Sehr viel trug dazu das Gefühl unter demselben Druck zu stehen und das Fehlen alles kirchlichen Parteiwesens bei. Die Posener Provinzialsynode hat es stets als ihre Pflicht betrachtet und als ihren Ruhm angesehen, keine kirchenpolitischen Gruppen zu haben, die sich untereinander bekämpfen und dadurch die Einheit der Kirche gefährden. Es ist zu wünschen und nach diesem verheißungsvollen Anfang zu hoffen, daß die „Landessynode" ihren Spuren folgen und alles kirchliche Parteiwesen sich fernhalten wird. Das Schicksal der evangelischen Kirche in dem alten Polen redet da eine ernste Sprache; ihre Warnungen dürfen nicht in den Wind geschlagen werden. Die Stellung unserer Kirche hier wäre eine andere, und es sähe anders aus in Polen, hätten unsere Väter im Glauben, Lutheraner und Reformierte, anstatt sich untereinander zu befehden, Schulter an Schulter um ihre Glaubensfreiheit gerungen.

Das erste Zeichen brüderlicher Einheit auf der „Landessynode" war die Wiederwahl des bewährten Präses der früheren Posener Provinzialsynode, des Generallandschaftsdirektors a. D. von Klitzing, der durch seine feste Glaubensstellung, sein warmes kirchliches Interesse und sein mannhaftes Auftreten bei den verschiedensten Gelegenheiten das Vertrauen, das ihm in den Posener kirchlichen Kreisen entgegengebracht ist, immer voll und ganz gerechtfertigt hat, und einiger seiner bisherigen Mitarbeiter im Provinzialsynodalvorstande, während an die Stelle anderer ausgeschiedener Mitglieder Vertreter aus Pommerellen gewählt wurden. Die Synode konnte es sich aber nicht versagen, den früheren noch lebenden Vorsitzenden der Posener und Westpreußischen Provinzialsynoden, den Superintendenten D. Saran in Bydgoszcz und Dreger in Starogrod, sowie dem Präses der verfassunggebenden Kirchenversammlung der Kirche der Union, Generalsuperintendenten D. Reinhardt in Stettin einen Gruß zu senden, letzterem zur Weitergabe an die Kirchenversammlung und zum Zeugnis, daß die „Landessynode" der unierten evangelischen Kirche in Polen sich mit ihrer Muttersprache unlösbar verbunden fühlt.

Auch was sonst auf der Landessynode beschlossen wurde, diente der Vereinheitlichung der bisher getrennten Kirchengebiete und zeugte von der schon bestehenden Einigkeit in den Hauptfragen des kirchlichen Lebens. So vor allem die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Posener Konfirmations- und Visitationsordnung auf das gesamte Kirchengebiet. In diesen beiden Stücken bestanden Verschiedenheiten, die um der Einheitlichkeit willen beseitigt werden mußten, und es galt eine durch die Not der Zeit gebotene Ergänzung zu schaffen. Synode war eins in der Ueberzeugung, daß bei dem jetzigen Stande des Schulwesens und des evangelischen Religionsunterrichts ein einjähriger Konfirmandenunterricht nicht mehr genügt, um die Kinder in der religiösen Erkenntnis soweit zu fördern, wie das unbedingt nötig ist, wenn ein seines evangelischen Glaubens sich bewußtes und glaubensstarkes Geschlecht, wie es unsere Zeit mehr noch als die früher gebraucht, aus ihnen heranwachsen soll. Es wurde deshalb die Erweiterung des Konfirmandenunterrichtes auf zwei Jahre beschlossen und, um die Verschiedenheiten in der Lage des Einsegnungstermins (Palmsonntag, Herbst) zu beseitigen, für das ganze Gebiet der Trinitatissonntag festgesetzt. Mitbestimmend, wenn auch nicht ausschlaggebend, war dabei der Wunsch, den Tag der Konfirmation dem Tage der Schulentlassung wenigstens für die Volksschüler (30. Juni) anzunähern. Als Alter für die Konfirmation wurde einstimmig das vollendete 14. Lebensjahr festgesetzt. Ausnahmen sollen nur in ganz besonderen Fällen zugelassen werden.

Die **Kirchenvisitationen** sollen immer mehr den Charakter von Evangelisationen erhalten und zu Festtagen für die Gemeinden ausgestaltet werden. Dazu wird in den meisten Fällen nicht ein einzelner Tag, wie ihn die westpreußische Visitationsordnung vorsah, genügen, und es muß als Hauptvisitationstag immer ein Sonntag gewählt werden. Dann können aber die Visitationen nur in größeren Zeiträumen, etwa alle 4 Jahre, stattfinden. Dabei bleibt es den Superintendenten natürlich unbenommen, die Gemeinden ihres Kirchenkreises auch in den dazwischenliegenden Jahren zu besuchen, sich von dem Stande des kirchlichen Lebens zu überzeugen und anregend, stärkend, tröstend zu wirken, wie das schon in der ersten Christenheit die Apostel auf ihren sogen. Missionsreisen taten. Auch die **Generalkirchenvisitationen** sollten wieder aufgenommen werden. Und wenn ihre Durchführung auch jetzt ungleich schwieriger ist als früher, so war die Synode doch überzeugt, daß die Gemeinden den Segen, der erfahrungsgemäß auf diesen Veranstaltungen liegt, nicht werden nehmen lassen und daß sie willig sein werden, die zu ihrer Durchführung nötigen Opfer zu bringen.

Außer diesen Fragen beschäftigte die Synode u. a. die nach der Gehaltsregluierung für die Geistlichen, die ja ein unerläßliches Gebot der Zeit ist und nach der Sicherstellung der nichtordinierten Hilfsprediger und der nach Sperrung weiter Missionsgebiete in den Dienst der Heimatkirche übergetretenen Missionare. Je mehr Pfarrstellen verwaist sind, ohne daß augenblicklich eine Möglichkeit, sie wieder zu besetzen, besteht, desto mehr Hilfskräfte zur seelsorgerlichen Bedienung der

Die Option der Deutschen in Polen.

Ausführungsbestimmungen der deutschen Regierung. — Jederzeitige spätere Einbürgerung von Nichtoptanten.

Aus Berlin meldet das Wolffsche Telegraphische Bureau amtlich:

Trotz anhaltender deutscher Bemühungen ist es nicht möglich gewesen, mit der polnischen Regierung ein Abkommen über die Durchführung des Art. 91 des Vertrages von Versailles zu schließen. Mit Rücksicht auf die am 10. Januar 1922 endende **Optionsfrist** hat die **deutsche Regierung** nunmehr ihrerseits die nötigen **Ausführungsbestimmungen** erlassen. Sie werden im nächsten Reichsgesetzblatt erscheinen (für das oberschlesische Abstimmungsgebiet für das die Optionsfrist noch nicht feststeht, werden besondere Bestimmungen in den jetzt beginnenden deutsch-polnischen Verhandlungen getroffen werden).

Hierdurch erhalten die ehemaligen deutschen Reichsangehörigen, welche durch den Vertrag von Versailles die polnische Staatsangehörigkeit erworben und die deutsche Reichsangehörigkeit verloren haben, die Möglichkeit, durch Abgabe einer nach deutschem Recht wirksamen Optionserklärung für Deutschland die deutsche Reichsangehörigkeit wieder zu erlangen; es sind dies alle Personen (auch die Beamten), welche am 10. Januar 1920 als deutsche Reichsangehörige innerhalb des jetzigen polnischen Staates ihren Wohnsitz hatten und dort **bereits vor dem 2 Januar 1908 ansässig** waren. **Ununterbrochener Wohnsitz** in Polen während der Zeit vom 2. Januar 1908 bis zum 10. Januar 1920 ist **nicht erforderlich**. Wer sowohl in Polen als auch außerhalb Polens seinen Wohnsitz hatte, ist gleichfalls optionsberechtigt. Unfreiwillige Aufgabe des Wohnsitzes in Polen nach dem 9. November 1918 infolge einer auf Verlassen des Landes gerichteten Anordnung von Stellen, die amtliche Tätigkeit ausgeübt haben, infolge Gewalt oder Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben bleibt außer Betracht. In diesen Fällen ist es so anzusehen, als ob die in Frage kommenden Personen am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz in Polen noch gehabt haben.

Ebenso werden die deutschen Reichsangehörigen polnischen Stammes und polnischer Muttersprache (**Polen deutscher Reichsangehörigkeit**), welche am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz in Deutschland hatten, in die Lage versetzt, **für Polen zu optieren**.

Die **Optionserklärung** kann in einem wie im anderem Falle zu Protokoll oder in schriftlicher Form innerhalb Deutschlands vor den höheren Verwaltungsbehörden (in Preußen vor den Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten in Berlin), im Ausland vor den amtlichen deutschen Vertretungen abgegeben werden. Die Unterschrift unter der schriftlichen Optionserklärung muß im Inlande durch die Ortspolizeibehörde oder einen Notar, im Auslande durch eine **amtliche deutsche Vertretung** beglaubigt sein.

Zu dieser amtlichen Veröffentlichung erfährt das Wolffsche Telegraphenbureau folgendes: Da, wie jetzt die deutsche Regierung, auch die polnische ihrerseits am 13. Juli 1920 eine Optionsverordnung erlassen hat, werden die interessierten Personen, insbesondere soweit sie noch Vermögen in Polen haben, genötigt sein, **sowohl nach der deutschen wie nach der polnischen Optionsverordnung zu optieren**, um sich die den Optanten durch Artikel 91 des Friedensvertrages gewährleisteten Rechte auch gegenüber der polnischen Regierung zu sichern. Wir nehmen aber an, daß infolge der ungünstigen Existenzbedingungen in Deutschland wohl nur wenige Personen von dem Optionsrecht für Deutschland Gebrauch machen werden. Im übrigen wird man darüber völlig **beruhigt** sein können, daß **polnische Staatsangehörige deutschen Stammes**, die nicht für Deutschland optieren und polnische Staatsangehörige bleiben wollen, **später ohne Schwierigkeiten wieder in Deutschland eingebürgert** werden.

Außerhalb des Vertrages von Versailles hat sich Polen durch das zwischen ihm und der Entente geschlossene sogen. **Minderheitenschutzabkommen** verpflichtet, alle Deutschen, die im Gebiete des polnischen Staates geboren sind und deren Eltern zurzeit der Geburt dort ihren Wohnsitz hatten, ohne Rücksicht auf ihren letzten Wohnsitz, **als polnische Staatsangehörige anzuerkennen**. Diesen Personen bleibt es daher unbenommen, sich gegenüber der polnischen Regierung auf den Artikel 4 des genannten Abkommens zu berufen, es sei denn, daß sie bis zum 10. Januar 1922 auf die polnische Staatsangehörigkeit verzichten. Ebenso hat durch den eben erwähnten Artikel 4 des Minderheitenschutzabkommens mancher einen Anspruch auf die polnische Staatsangehörigkeit bekommen, für den sie wertlos ist, da er keinerlei Beziehungen nach Polen mehr hat. Wer hieraus Weiterungen fürchtet, hat die Möglichkeit, durch ein Schreiben an ein polnisches Konsulat auf die polnische Staatsangehörigkeit zu verzichten.

Gemeinden müssen herangezogen werden. Sie zu erhalten und sicherzustellen, wird Opfer kosten; aber die Synode war überzeugt, daß die Gemeinden willig sein werden, sie zu bringen und sich so den Segen einer genügenden geistlichen Versorgung zu erhalten. Und es konnte zur allgemeinen Freude von zahlreichen Beispielen ganz außerordentlicher Opferwilligkeit berichtet werden.

Sehr ernst waren die Verhandlungen über das leider noch immer ungeklärte Verhältnis der unierten evangelischen Kirche im polnischen Staate. Nach der Verfassung hat die Kirche das Recht, ihre Angelegenheiten selbständig zu regeln. Gesetze können ihr nicht aufgezwungen werden. Die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche im Einzelnen ist freier Vereinbarung vorbehalten. Es waren aber mancherlei Klagen über unberechtigte Eingriffe in die kirchliche Freiheit und Selbständigkeit vorzubringen, über Auflösung evangelischer Schulen, Enteignung von Kirchen und kirchlichen Gebäuden, Ausweisung eines Geistlichen, Verweigerung der Einreiseerlaubnis für Geistliche und Diakonissen, Störung von kirchlichen Betrieben, wie dem des Diakonissenhauses in Posen, beabsichtigte Schließung des Predigerseminars, Beschlagnahme von kirchlichen Anstalten, wie sie augenblicklich dem Johannenhause in Posen angedroht ist, Nichtanerkennung der letzten außerordentlichen Provinzialsynode und ihrer Beschlüsse, Eingriffe in die Rechte des Konsistoriums u. a. m. Synode hat dagegen entschiedene Verwahrung eingelegt, die Anerkennung der Achtung der ihr durch die Verfassung gewährleisteten Rechte und Freiheit verlangt, sich die Beschlüsse der außerordentlichen Provinzialsynode zu eigen gemacht, das evangelische Konsistorium in seiner jetzigen Zusammensetzung noch einmal bestätigt und ihm ihr uneingeschränktes Vertrauen ausgesprochen. Und sie hat zur Vorbereitung einer neuen Verfassung einen Ausschuß von 12 Mitgliedern eingesetzt, der einen Entwurf auszuarbeiten und ihn bei einer im nächster Jahre einzuberufenden außerordentlichen Tagung der Landessynode vorzulegen hat. Hoffentlich kommen bis dahin die Verhandlungen mit dem Staate in ein ruhigeres Fahrwasser und man gewinnt auch in den leitenden Regierungskreisen die Überzeugung, daß die „unierte evangelische Kirche in Polen" keinerlei staatsfeindliche Absichten hat und Pläne verfolgt, sondern gewillt ist, an ihrem Teile für das Wohl des Staates, in dem sie ihr Leben führt, zu sorgen und an dem Ausbau der für das Gemeinwohl wichtigen und wertvollen Einrichtungen aus freiem Entschluß und unter Wahrung der ihr verfassungsmäßig verbürgten Freiheit durch Weckung und unter Verwendung der ihr verliehenen geistlichen Kräfte mitzuarbeiten, eine freie Kirche im freien Staate, eine Kirche, die sich selbst regiert und das tun darf, weil sie sich regiert weiß von ihrem erhöhten Herrn. K.

Aus dem Sejm.

Das Arbeitsprogramm.

Warschau, 10. Dezember. Der Ältestenausschuß bearbeitete unter dem Vorsitz des Marschalls Trąmpczyński das Material, das der Sejm vor den Weihnachtsferien erledigen soll und zwar: Den Entwurf der staatlichen Abgabe, den Entwurf des Gesetzes über Mittel zur Verbesserung der staatlichen Finanzwirtschaft, die Industriesteuern, den Gesetzentwurf über die Verstärkung der städtischen Finanzen, den Gesetzentwurf über die Vermögenssteuer, einen Gesetzentwurf, welcher den Finanzminister bevollmächtigt, die unmittelbaren Steuern zu erhöhen, einen Gesetzentwurf über die Subventionierung der Staatsbank, einen Gesetzentwurf der Staatsanleihen in der polnischen Landesdarlehnskasse. Endlich wurde eine Aussprache über die Industriekrisis geführt. Der Beginn der Weihnachtsferien wurde vom Sonnabend, dem 17. auf Donnerstag, den 22. d. Mts. verlegt. Was den nächsten Arbeitszeitraum betrifft, so wird schon am Sonnabend eine ganztägige Sitzung stattfinden. Am Montag wird die weitere Aussprache über die Abgabe geführt werden; evtl. wird man mit der Aussprache über die Industriekrisis beginnen. Am Dienstag, dem 13. d. M. findet die Abstimmung über den Entwurf der staatlichen Abgabe statt. Am Mittwoch und Donnerstag werden Kommissionsberatungen abgehalten. Vom Freitag, dem 16. bis Donnerstag, den 22. d. Mts. finden Plenarsitzungen der Kammer statt.

Ein Aufruf der Polen in Deutsch-Oberschlesien.

Ein Polentumsbund in Deutschland.

Kattowitz, 9. Dezember. Das polnische Komitee für den Teil Oberschlesiens, der bei Deutschland verbleibt, veröffentlicht in polnischen Zeitungen folgenden Aufruf:

Stammesgenossen! Der Genfer Beschluß über die Teilung Oberschlesiens wird in kurzer Zeit durchgeführt werden. Die Polen Oberschlesiens werden in zwei Parteien getrennt, in Polen, die Polen zufallen, oder Polen aus der schlesischen Wojewodschaft und Polen, die beim Deutschen Reiche verbleiben, oder Polen aus Oberschlesien. Das unterzeichnete Komitee vertritt die Polen aus Oberschlesien und entstand im Einverständnis mit den polnischen Organisationen. Als Söhne dieser Erde, die wir von den Vorfahren ererbt haben, können wir angesichts dieser Teilung unsern Schmerz nicht verbergen, daß weder der Oberste Rat noch der Völkerbundrat eine Lösung der oberschlesischen Angelegenheit finden konnten, die dieses Land nicht zerrissen hätte, das durch Jahrhunderte der Geschichte zu einem Ganzen zusammengeschmiedet und durch eine in ihrer Art einzig dastehende Entwicklung zu einer geschichtlichen Einheit verwandelt wurde. Daß nur diese Teilung weder der einen noch der anderen Seite Schaden bringe.

Infolge der Teilung verliert über eine Million hauptsächlich polnischer Bevölkerung, verlieren wir oberschlesischen Polen die bisherige Mehrheit im Lande und stellen uns kaum der deutschen Bevölkerung gleich. Trotzdem bleiben wir stark, wenn es uns gelingt, den Geist der Einheit zu wecken.

Indem wir unser tiefes Bedauern aussprechen, daß wir gezwungen sind, uns von den Mitbrüdern zu trennen, wünschen wir ihnen von ganzem Herzen, daß sie im eigenen Vaterlande Glück finden mögen. Die Bande des Blutes, welche uns verbinden, erlauben uns niemals, ihrer zu vergessen. Das Genfer Urteil entschied über die Zukunft der oberschlesischen Polen in staatlicher Hinsicht für jene, die in den Grenzen der deutschen Republik verblieben und welche auf diese Weise zu Bürgern dieser Republik wurden, indem sie die deutsche Staatsbürgerschaft als Grundlage ihrer politischen Existenz anerkannten. Diese Sachlage haben sowohl die Deutschen wie die Polen als bindend anerkannt; deshalb erkennen auch wir sie an. Wir tun dies in der Überzeugung, daß eine aufrichtige Erfüllung der Pflichten gegenüber dem Staat uns nicht nur berechtigt, in ganzer Fülle von seinen Rechten und Einrichtungen Gebrauch zu machen, sondern auch zur Erzielung der Gleichberechtigung mit unsern gemeinsamen deutschen Bürgern beiträgt, einer Gleichberechtigung, die wir bisher nicht kannten. (?) Diese Gleichberechtigung erachten wir als die größte Notwendigkeit und unumgängliche Bedingung, wenn in Oberschlesien die Arbeit, welche keine Verzögerung duldet, aufgenommen werden soll.

Der gegenwärtige Kanzler des deutschen Staates sagte vor kurzem über die oberschlesische Angelegenheit:

„Ich glaube fest, daß die Politik der Versöhnung die beste Lösung der oberschlesischen Frage sein wird. Ich glaube auch, daß diese Politik die einzige ist, die wir führen können, und daß sie von guten Folgen begleitet sein wird. Nur die Versöhnung kann diesem Lande den so gewünschten Frieden bringen."

Die Bestrebungen einer solchen Politik, die in sich selbst berechtigt ist, wird das gewünschte Ziel jedoch nur dann erreichen, wenn die bürgerliche Gleichberechtigung zwischen beiden Völkern in Oberschlesien aufhört, nur eine schöne Phrase zu sein, und zur wirklichen Losung wird. Die Notwendigkeit der Regelung der oberschlesischen Angelegenheit hat die Regierung und der preußische Landtag anerkannt und Oberschlesien nach beendigter Abstimmung die Autonomie versprochen. Eine starke politische Partei in Deutschland, vor allem das Zentrum, macht die Autonomie Oberschlesiens zum wichtigsten Punkt ihres politischen Programms, ja sogar eine Ehrenangelegenheit.

Auch wir anerkennen die Autonomie eines staatlichen Verbandes für Oberschlesien als die einzige eigentliche Garantie für die polnischen Bürger in der Angelegenheit der Gleichberechtigung mit den Deutschen. Nur sie gibt uns Polen die Möglichkeit der Entwickelung und führt zur Versöhnung zwischen beiden Völkern. Nur sie sichert den Frieden, der so notwendig ist für die weitere Entwicklung. Wir fordern sie daher grundsätzlich. Wir werden dann alle auf polnischer und deutscher Seite damit beginnen, vom Frieden zu sprechen. Aber nicht nur zu sprechen, sondern wir werden beginnen, im Leben die Friedensmittel gegenüber den Nächsten anzuwenden.

Indem wir am heutigen Tage die Arbeiten für das polnische Volk in Oberschlesien beginnen, wollen wir diese im Geiste des Friedens und in der Richtung der Zusammenarbeit mit den deutschen Bürgern auf der Grundlage der Gleichberechtigung im Namen der Wohlfahrt Oberschlesiens führen. Vor allem wünschen wir das polnische Volk zu schützen und die Verteidigung jedes Benachteiligten unter den Mitbrüdern ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Partei zu übernehmen. Zu dieser Arbeit fordern wir alle Stammesgenossen auf, die guten Willens sind. Mit dieser Aufforderung wenden wir uns besonders an die polnische Intelligenz, sowohl an die geistliche wie an die weltliche.

Alle Polen Oberschlesiens müssen sich die Hände zu einmütiger, ausdauernder und verständiger Arbeit an ihrer nationalen und sozialen Existenz reichen. Der Gott unserer Väter lebt und wacht. In ihm ist die Hoffnung, daß, wie er unsere Vorfahren im Verlaufe langer Jahrhunderte durch Sturm und Weltwirrnisse ohne Verlust des Glaubens und der Nationalität geführt hat, er auch uns einer besseren Zukunft zuführen wird.

Das polnische Komitee für Oberschlesien.

Die Grenzregulierungskommission.

Kattowitz, 10. Dezember. Die Kommission zur Regelung der Grenzen in Oberschlesien machte am Mittwoch eine Inspektionsreise im Kreise Hindenburg. Auf dem Bahnhof in Poremba erfolgte die Zusammenkunft der Mitglieder der englischen, italienischen und japanischen Kommission. Von polnischer Seite war der Rechtsanwalt Kopylinski und eine Reihe anderer Herren anwesend. Von deutscher Seite Graf Treutler und drei andere Vertreter. Die Kommission prüfte an Ort und Stelle zuerst die Grenzen der Gemeinde Hindenburg und die Grenzen der Grube „Ludwigsglück". Bei dieser Gelegenheit erläuterten die Deutschen eingehend ihre Ansprüche. Auf der Grube „Georg" betonten Bergrat Thiel und Direktor Seidel an der Hand von Karten und Plänen die große Bedeutung der Kohlenlager im Gebiete der Gemeinde Ruda in der Grube „Ludwigsglück", die auf deutscher Seite bleiben soll. Sie erklärten, daß die Teilung dieser Kohlenfelder vollkommen unmöglich sei. Deswegen müßte Ruda, das Polen zuerkannt wurde, ganz an Deutschland fallen. Darauf begab man sich in das Grubenlazarett in Kuznica bei Ruda, wo über das Schicksal Kuznicas beraten wurde. Am Donnerstag machte die Kommission eine Inspektionsreise im Beuthener Kreise.

Der Kampf gegen den Sejmmarschall.

Warschau, 10. Dezember. Am Mittwoch und Donnerstag fanden im Sejm die Verhandlungen der Führer der Linksparteien einschließlich der Volksparteiler statt. Thema der Beratungen war die Taktik und die Organisierung des Angriffs gegen den Marschall Trąmpczyński. Vor ein paar Tagen beschlossen die Volksparteiler, die Wahlen zum neuen Sejm für den Herbst des nächsten Jahres zu fordern. Der Termin der Wahlen soll jene Angelegenheit sein, die die Volksparteiler gegen den Marschall ausschlachten wollen. An den Beratungen der Linksparteien nahmen nicht teil der Klub der Verfassungsarbeit und die nationale Volksvereinigung. Die Volksparteiler machten große Anstrengungen, diese Klubs zu Gegnern des Marschalls zu gewinnen. Es wurden Gerüchte laut, die wahrscheinlich von der Linken inspiriert sind, nach denen gewisse gemäßigte Gruppen bereit seien, ihr Verhältnis zum Marschall Trąmpczyński einer Revision zu unterziehen, für den Fall, daß er eine Vertagung der Wahlen nicht zulassen würde. Im Laufe des nachmittags zeigte es sich, daß sogar Linksgruppen bestehen, die mit Rücksicht darauf, daß die Aktion gegen Trąmpczyński von Witos ausgeht, eher bereit sind, den Marschall zu halten. Die nationale Volksvereinigung, die lange schwankte, trat für eine Stützung des Herrn Trąmpczyński ein.

*

Die Angelegenheit des unterirdischen Kampfes gegen den Marschall Trąmpczyński findet in der „Gazeta Warszawska" ein Echo; sie schreibt: „Genosse Diamand machte am Dienstag, da die Sejmberatungen begonnen wurden, schon über Herrn Trąmpczyński ein Kreuz mit Weihwasser und kündigte an, daß man seinen Tod einläute. Aber von diesem frommen Wunsch nach dem Verzicht des Marschalls Trąmpczyński bis Vorlegung der Vertrauensfrage bezüglich seiner Person ist es im Augenblick noch sehr weit. Die Sonne brachte es an den Tag, als man die Abgeordneten des Nationalen Volksverbandes zu befragen begann, ob es wahr sei, daß der Nationale Volksverband auf den Antrag der Linken über das Mißtrauensvotum mit einem Antrag über das Mißtrauensvotum antworten werde. Klar ist es, daß die Linke das Ziel verfolgt, den Standpunkt des Marschalls Trąmpczyński zu schwächen, weil sie glaubt, daß er der Kandidat der Rechten für den künftigen Staatspräsidentenposten sei. Man könne jedoch nicht, so schreibt die „Gazeta Warszawska", die Neugierde der Herren von der Linken darüber befriedigen, was die gemäßigten Parteien in der Antwort auf einen eventuellen Angriff der Linken auf den Marschall Trąmczyński tun werden.

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(Urheberschutz 1918 durch Greiner & Comp., Berlin W. 30).

(7. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt).

Die Erhebungen dauerten bis tief in den Nachmittag hinein und lieferten nur ein spärliches Ergebnis.

Obwohl man sämtliche Inwohner des Brintnerhofes vernahm, wußte niemand etwas von Belang anzugeben.

Der alte Brintner war am vergangenen Abend spät, wie gewöhnlich, heimgekommen, und niemand hatte mehr mit ihm gesprochen. In der Nacht war nicht das leiseste verdächtige Geräusch gehört worden. Die Wohnungstür hatte der Alte wie immer, von innen abgesperrt, und so hatte man sie noch gefunden, als das Verbrechen entdeckt wurde.

Der Mörder mußte durchs Fenster eingedrungen sein. Spuren hatte er dabei nicht hinterlassen, und die Mordwaffe fehlte auch.

Was geraubt worden war, ließ sich nicht genau feststellen, da der Alte niemand einen Einblick in seine Verhältnisse gestattet hatte. Aber Andres behauptete, und andere Hausbewohner bestätigten es, daß er stets mehrere tausend Kronen in einer schwarzledernen Brieftasche bei sich getragen hätte. Die Brieftasche sowie Brintners Taschenuhr samt Kette fehlten.

Die Stichwunden waren nach Aussage des Arztes mit einem schmalen, sehr scharfen Messer — wahrscheinlich einem Taschenmesser — und mit großer Gewalt ausgeführt worden.

„Es scheint, als ob Haß oder Rachsucht dem Mörder die Hand geführt hätten, der anscheinend ohne Überlegung blindlings zustach, wohin er eben traf," fügte der Arzt seinem Bericht bei.

Justina, deren ruhige Fassung und umsichtige Anordnungen allgemein auffielen, wandte sich schaudernd ab, als sie den Leichnam ihres Schwiegervaters erblickte.

„Der das getan hat," rief sie, einen Augenblick ihre Ruhe verlierend, leidenschaftlich aus, „dem gehört, daß man ihm die Haut bei lebendigem Leibe abzöge! So einen Tod hat der Großvater nicht verdient!"

Befragt, ob sie irgend einen Verdacht auf jemand habe, oder etwas von einem Feind des Ermordeten wisse, schüttelte sie den Kopf.

„Soviel ich weiß, hat der Großvater keinen Feind gehabt."

So hatte man denn nicht den leisesten Anhaltspunkt für die Person des Mörders gefunden.

Gegen fünf Uhr nachmittags wurden die Zimmer des alten Brintner versiegelt und der Leichnam in die Totenkammer geschafft.

Das zerbrochene Fenster hatte man mit Brettern übernagelt. Die Herren, welche an den Erhebungen teilgenommen, entfernten sich, und ihnen folgten die Neugierigen sehr bald.

Im Brintnerhof wurde es allmählich wieder still.

IV.

Desto unruhiger ging es im Hotel zur Sonne zu. Als die Wäscherin Hucker morgens mit ihrer Schreckensnachricht kam, wäre Frau Kreibig beinahe in Ohnmacht gefallen vor Entsetzen.

Michael Brintner ermordet! Der gestern abend noch frisch und kerngesund mit ihr Zukunftspläne geschmiedet hatte, heute — tot?

Wirr strich ihr Blick über die Leute hin, die sich neugierig aufhorchend um die Hucker drängten.

Dann schrie sie plötzlich auf: „Das hat kein anderer getan als der Sohn, der Andres! Nicht umsonst hat sich der Brintner vor ihm gefürchtet!"

Erschrocken zog sie ihr Bruder fort.

„Achtet nicht auf ihr törichtes Gerede," rief er den Leuten zu. „Der Schreck hat sie verwirrt, Sie weiß nicht, was sie sagt!"

„Willst Du wegen Verleumdung eingesperrt werden?" fuhr er dann drin in Frau Kreibigs Privatkontor die Schwester an. „Was fällt Dir ein, Berta? Wo Du doch weißt, daß die Leute jedes Wort weitertragen!"

„Aber es ist wahr!" stammelte sie aufgeregt. „Du weißt ja nicht, was er mir alles erzählt hat von denen ... Wie sie waren mit ihm!"

„Kannst Du's beweisen?"

„Nein, aber ..."

„Dann schweige! Was Brintner Dir erzählt hat, muß überhaupt nicht alles wahr sein. Alte Leute kritteln und klagen gern. Und selbst wenn's wahr wäre — was geht es Dich an?"

„Valentin!! ..."

Er gebot mit einer Handbewegung Schweigen.

„Ich weiß, was Du mir sagen willst. Ich war ja nicht blind! Aber das ist nun vorüber, und ich mag nicht, daß noch mehr darüber geredet wird. Die Rosa unten — die ja auch nicht blind ist — hat's so schon genug unter die Leute gebracht — die lächerliche Schwachheit einer alternden Frau, die einem schlauen Spekulanten beinahe auf den Leim gegangen wäre! Jetzt ist er tot. Jetzt halte Dich wenigstens still und mache keine neue Kopflosigkeit. Solch eine Verleumdung ist kein Spaß, das könntest Du wissen."

Berta brach in Tränen aus. Plötzlich hob sie die Hände und rief flehend:

„Valentin, ich bitte Dich, gehe hin und erkundige Dich selbst im Brintnerhof, wie alles geschehen ist und ob man schon eine Spur des Täters hat? Ich halte es nicht aus vor Unruhe! Die Hucker hat ja nur die nackte Tatsache gebracht, keine Einzelheiten. Du aber frage ..."

„Was fällt Dir ein?" unterbrach er sie barsch und wandte ihr den Rücken. „Ich bin doch kein altes Weib, daß ich mich aus solchem Anlaß unter das Volk stelle?"

„Valentin — ich bitte Dich darum!"

(Fortsetzung folgt.)

Die Reparationen.

Loucheur in London. — Voraussichtliche Zusammenkunft mit Rathenau.

Auf Einladung der englischen Regierung hat Loucheur Paris verlassen und sich nach London begeben, wo er mit dem englischen Schatzkanzler über das Reparationsproblem, über die Durchführung des Wiesbadener Abkommens, über die bevorstehenden deutschen Zahlungen und die Möglichkeit eines Moratoriums für Deutschland Besprechungen abhalten wird. Voraussichtlich wird er auch mit Rathenau zusammenkommen.

Das Schwergewicht der Entscheidung liegt demnach nicht mehr so ausschließlich an der Seine, sondern hat sich nach London verschoben. Loucheur begibt sich in die englische Metropole, um sich über die Richtlinien mit den Engländern zu verständigen, die für die Lösung des Reparationsproblems als maßgebend erklärt werden sollen. Er ist von einem Stabe von Sachverständigen begleitet und wird voraussichtlich zwei bis drei Tage in London bleiben. Diese Londoner Besprechungen sollen dann die Überleitung zu einer großen interalliierten Konferenz bilden zu der vermutlich auch Deutschland in irgendeiner Form hinzugezogen werden wird.

Auch in Paris ist man inzwischen nicht müßig. Briand hatte gestern eine Unterredung mit dem Berliner Botschafter Laurent, dem Präsidenten der Wiederherstellungskommission Dubois und Loucheur, mit denen er die Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit erörterte. — Der deutsche Botschafter in Paris Dr. Meyer, hat sich zur Rücksprache mit der deutschen Regierung nach Berlin begeben. Eine Bestätigung der Nachricht, daß auch der Staatssekretär Fischer, der Vorsitzende der Kriegslastenkommission, nach Berlin abgereist sei, liegt noch nicht vor.

Das Moratorium gewährt?

Paris, 10. Dezember. Der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur teilt aus London mit: „Pall-Mall-Gazette" und „Globe" bringen die Nachricht, daß Rathenau mit der Versicherung nach Berlin zurückkehren soll, daß man Deutschland eine Verzögerung in der Ratenabzahlung gestattet. Nach der Ansicht des Berichterstatters der Havas-Agentur ist diese Nachricht bisher vollkommen unbegründet.

Die bevorstehende englisch-französische Konferenz.

Paris, 7. Dezember. Am Quai d'Orsay dementiert man die hier verbreitete Nachricht, daß Lord Curzon bereits am nächsten Dienstag nach Paris kommen werde. Über die Vorbesprechungen der Konferenz, die aber ohne Zweifel in Kürze stattfinden wird, meldet der „Matin", der englische Außenminister habe den Vorschlag gemacht, in Kürze in Paris eine Konferenz über die Orientfragen abzuhalten. Die französische Regierung prüfe im Augenblick die Frage, ob es nicht angebracht sei, der englischen Regierung eine Konferenz über alle Fragen vorzuschlagen, die gegenwärtig England und Frankreich interessieren. Ferner werde zweifellos der Wiedergutmachungskommission das Ersuchen um das Moratorium zugehen, das sie jedoch kaum beantworten können, ohne vorher die verbündeten Regierungen befragt zu haben.

Die „Westminster Gazette" bringt Einzelheiten über den Verlauf der französisch-englischen Verhandlungen über die gemeinsamen Interessen in Kleinasien. Vor einigen Jahren noch erschien es unmöglich, daß diese Interessen einander widersprechen könnten. Dagegen sei jetzt aus derselben Ursache das Bestehen der Entente in Frage gestellt. Die öffentliche Meinung Frankreichs behauptet, daß die Entente nicht bestehen könne, weil die Politik beider Staaten in diesem Fall vollkommen verschieden sei. England sei zu Verträgen bereit, könne jedoch nicht immer nachgeben. Die englischen Interessen in Kleinasien würden durch Frankreich vollkommen ignoriert. Schon die Frage der Unterseeboote allein werde ein Hindernis für die Verständigung geben.

Die militärischen „Sanktionen".

London, 9. Dezember. Zu der Frage der Aufhebung der militärischen Sanktionen am Rhein und der interalliierten Militärkontrollkommission schreibt der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph":

Vor einigen Wochen sei der britische Botschafter in Paris von neuem mit den Ansichten Londons über diese beiden Fragen bekannt gemacht worden, und es sei daher möglich, obgleich in London nichts davon bekannt sei, daß Lord Hardinge die Absicht habe, diese Fragen, wenn sie nicht von irgendeiner anderen Partei aufgeworfen würden, auf der Botschafterkonferenz zur Sprache zu bringen. Die britische Regierung habe sich seit der Annahme des Londoner Ultimatums durch Deutschland ganz offen und wiederholt zugunsten der Aufhebung der militärischen Sanktionen ausgesprochen.

Berlin, 9. Dezember. Wie die Telegraphen-Union aus London erfährt, hat, im Gegensatz zu anderslautenden Nachrichten, die englische Note wegen der Aufhebung der militärischen Sanktionen und der Einschränkung der Kontrollkommissionen der Botschafterkonferenz nicht vorgelegen. Wie verlautet, soll sie dem Obersten Rat zur Kenntnis und Stellungnahme vorgelegt werden.

Vor neuen Unruhen in Portugal.

Madrid, 8. Dezember. Aus Lissabon wird gemeldet: Die in Portugal herrschenden Unruhen, die auf die Treibereien radikaler Elemente zurückzuführen sind, haben es der Regierung bisher nicht ermöglicht, den starken Einfluß der Kommunisten einzudämmen, die unerfüllbare Forderungen gestellt hatten. Jetzt wird von den Kommunisten eine neue Gewaltaktion zum Sturz der Regierung vorbereitet, wobei die Kommunisten sich um die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft bemühen, der neue Versprechungen gemacht wurden. Auch in der Marine wird für einen neuen Gewaltstreich Stimmung gemacht, der unter den obwaltenden Umständen vielleicht Erfolg haben könnte. Die erhebliche Teuerung und die ungünstigen Staatsfinanzen spielen dabei eine bedeutende Rolle. Man erwartet für die nächsten Tage den Ausbruch neuer Unruhen.

Sowjetrußland.

Ein neuer Feldzug Wrangels?

Lemberg, 9. Dezember. (Tel.-Un.) Der in Charkow erscheinende „Kommunist" veröffentlicht am 2. d. Mts. ein Telegramm aus Kischinew, demzufolge General Wrangel einen Aufruf erlassen hat, in dem er die Bevölkerung zum Kampfe gegen die Bolschewisten auffordert. Wie aus übereinstimmenden Meldungen hervorgeht, haben die Aufständischen inzwischen infolge des Schnees und Frostes und wegen Munitionsmangels die Feindseligkeiten einstellen müssen. Dagegen zieht die russische Armee von allen Seiten Verstärkungen heran, zwischen denen sie den Kontakt durch Bandenzüge aufrechterhält.

Eine finnische Note an den Völkerbund.

Helsingfors, 9. Dezember. Die Presse wie auch die Regierung sind dahin einig, daß auf diplomatischem Wege alle zu Gebote stehenden Mittel zu ergreifen sind, um die Moskauer Regierung zu zwingen, gegenüber der terrorisierten karelischen Bevölkerung die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie im Dorpater Frieden übernommen hat. Die finnische Regierung hat dieser Tage eine Note in der Sache an das Generalsekretariat des Völkerbundes abgesandt.

Von der Abrüstungskonferenz.

Verfrühter Jubel.

Washington, 9. Dezember. (Telunion.) Der Begeisterung in den Washingtoner Blättern ist eine starke Ernüchterung gefolgt. Man hat erkannt, daß die Nachricht Hughes, Balfour und Kato hätten in gemeinsamen Besprechungen alles geregelt, nur ein Versuchsballon gewesen sei. Immerhin trefffe es zu, daß Kato in den Besprechungen mit Hughes und Balfour sich bereit erklärt hat, die Annahme der Flottenverhältniszahlen in Tokio zu empfehlen. Unter gewissen strategischen Bedingungen im Stillen Ozean und mit dem Vorbehalt, daß das chinesische Problem in befriedigender Weise gelöst werde. Die chinesische Frage ist nicht weiter gekommen. Italien ist unzufrieden, da die Besprechung der Abrüstungsfrage zu Lande nicht aufgenommen wird.

Das englisch-irische Abkommen.

Die Londoner Blätter geben lange Auszüge aus der französischen und amerikanischen Presse wieder, die den Erfolg der irischen Verhandlungen loben. Besonders wird dem Anteil des Königs und der Staatskunst Lloyd Georges Tribut gezollt. Man erkennt die internationale Bedeutung des Abkommens. Es wird erklärt, Lloyd George habe jetzt die Hände frei für größere europäische Fragen. Auf zukünftigen alliierten Konferenzen werde Lloyd George noch größeres Ansehen als bisher genießen.

„Echo de Paris" sagt, besonders in seinen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten werde Britanniens Politik die größten Vorteile von seiner Versöhnung mit Irland haben. Vielleicht das größte Hindernis, das die beiden großen angelsächsischen Zweige trennte, werde dadurch beseitigt. Die Stellung Lloyd Georges sei sehr gestärkt dadurch.

„Neuyork Times": „Nichts kann die hohe Befriedigung vermindern, mit der die ganze Welt die Nachricht empfangen wird, daß endlich der englische politische Genius einen Weg zur Einigung mit Irland gefunden hat." — „Neuyork Herald": „Es ist ein Sieg, bei dem es keine Besiegten gibt. Das sollte die ganze Welt, die den Frieden wünscht, ermutigen, daß das Unmöglichscheinende Wahrheit geworden ist."

„Chicago Tribune": „Enttäuschung über den Frieden werde man nur unter den „Professionals" finden, die sich von der irischen Agitation mästeten."

In Dublin wird das Abkommen von der nationalistischen und der südunionistischen Presse begrüßt. Das nationalistische „Freemans Journal" erklärt, daß in den Artikeln des Abkommens alles Wesentliche zu finden sei, für die das irische Volk über sieben lange sorgenvolle Jahrhunderte gekämpft habe. Das unionistische irische Hauptorgan sagt: „Mit der Aufrichtung des irischen Freistaates werde alle Entfremdung und Verbitterung zwischen beiden Nationen vergessen sein. Seite an Seite werden sie sich entwickeln und blühen in Harmonie und Freundschaft." — „Irish Times", das Organ der Südunionisten, führt aus: „Niemand werde das Abkommen froher begrüßen als die Royalisten Südirlands. Es wird eine häßliche Ära des Kampfes und des Blutvergießens beschließen und eine des materiellen und intellektuellen Fortschrittes eröffnen."

Einberufung des englischen Parlaments.

Das Kabinett begab sich Mittwoch vollzählig zum Buckingham-Palast, wo der König einen geheimen Rat abhielt. Es wurde ein Erlaß unterzeichnet, der das Parlament auf nächsten Mittwoch zur Ratifizierung des irischen Abkommens beruft.

Der König wird, wie schon gemeldet, die neue Sitzungsperiode persönlich eröffnen. Er soll den Wunsch ausgedrückt haben, daß nachdrücklich die historische Bedeutung des Ereignisses betont werden soll.

Der König und die Minister waren in froher Laune. Vor Beginn der Sitzung wurde eine photographische Aufnahme gemacht, die in den gestrigen Londoner Abendblättern veröffentlicht wurde.

Politische Tagesneuigkeiten.

Verschiebung der Zusammenkunft der interalliierten Außenminister. Die für diese Woche angekündigte Zusammenkunft der Außenminister Englands, Frankreichs und Italiens findet nach Meldung aus englischen Quellen zu einem späteren Termin statt. Sie soll ausschließlich der Aussprache über die Fragen des nahen Ostens gelten und eine Vermittelungsaktion der Alliierten in dem Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland zum Ziele haben.

Republik Polen.

† **Auf der Eisenbahnstrecke Kutno—Strzałków wird vorläufiger Personenverkehr eingeführt.**

† **Polnisch-russischer Handelsvertrag.** Die polnische Regierung erklärte sich mit dem Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland einverstanden und benachrichtigte hiervon die Vertreter Sowjetrußlands und der Ukraine.

Deutsches Reich.

** **Der Wiederzusammentritt des Reichstags.** Das Plenum des Reichstags wird, wie eine Korrespondenz meldet, nicht vor dem 13. Dezember zusammentreten. Die Hoffnung, daß bis dahin die beiden Steuerausschüsse ihre Arbeiten beenden werden, ist sehr schwach. Daher ist es jetzt noch fraglich, ob die Finanzvorlagen bis Weihnachten erledigt werden können.

** **Zusammenbruch der Pfälzer Bank.** Die Pfälzische Bank hat Devisenverluste erlitten, die auf 340 Millionen Mark beziffert werden. Da eine Fortführung der Pfälzischen Bank als selbständiges Unternehmen mangels genügender Betriebsmittel sich mit Erfolg nicht durchführen läßt, ist, wie die Bank in einer Erklärung mitteilt, die Überleitung der Geschäfte auf die Rheinische Kreditbank und an einigen Plätzen, besonders im rechtsrheinischen Bayern, auf die Deutsche Bank in die Wege geleitet worden.

** **Zusammenbruch der Kohlenversorgung in Bayern.** Auf einer Besprechung der bayerischen Gas- und Wasserfachmänner in München über die Wirtschaftslage kam mit erschreckender Deutlichkeit zum Ausdruck, daß Bayern, wenn der Frost anhalte und die Kohlenverfrachtung auf Schiffen infolge des geringen Wasserstandes der Flüsse noch länger unmöglich mache, unmittelbar vor dem Zusammenbruch seiner Kohlenversorgung steht, und daß einschneidende Maßnahmen allerschnellstens ergriffen werden müßten. Die Katastrophe werde beschleunigt werden, wenn auch der Wagenmangel noch weiter anhalten sollte.

** **Kohlen gegen Kartoffeln.** In einer Konferenz zwischen Vertretern der Landwirtschaft und der Braunkohlen- und Kaliindustrie wurde beschlossen: Die Landwirtschaft soll Kali, Kohlen und Stickstoff direkt von den Fabriken geliefert bekommen und dafür Kartoffeln, Mehl und Hülsenfrüchte direkt an die Fabriken liefern. Sollte sich das Kaufgeschäft bewähren, so ist für das nächste Jahr die Durchführung im großen für das ganze Reich geplant.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 10. Dezember.

Achtung, Deutsche Wählerversammlung!

Auf die von der Deutschen Partei für morgen, Sonntag, nachmittag 5 Uhr nach dem großen Saale des Evangelischen Vereinshauses anläßlich der am 18. Dezember stattfindenden Stadtverordnetenwahlen einberufene Wählerversammlung sei auch an dieser Stelle noch einmal hingewiesen. Pflicht jedes und jeder Wahlberechtigten ist es, an dieser Versammlung teilzunehmen, um sich für die Stadtverordnetenwahlen von berufener Seite Weisungen geben zu lassen. Auf der Tagesordnung steht einmal ein Vortrag des bekannten deutschen Sejmabgeordneten Superintendenten Barczewski aus Soldau über die Pflicht der Deutschen zur Beteiligung am öffentlichen Leben. In einem zweiten Vortrage soll alles Wissenswerte für die Stadtverordnetenwahlen mitgeteilt werden.

Konsistorialpräsident a. D. D. Balan †.

Der langjährige hiesige Konsistorialpräsident D. theol. Curt Balan ist in Potsdam nach nur sechstägigem Krankenlager an Grippe plötzlich gestorben, nachdem er auch im Ruhestande in voller Rüstigkeit sich auf kirchlichem Gebiet rege betätigt und am Tage vor seiner Erkrankung noch an einer Ausschußsitzung teilgenommen hat. Die Beerdigung hielt am Mittwoch um 12 Uhr auf dem neuen Friedhofe in Potsdam der Geistliche der französisch-reformierten Gemeinde, zu der der Verstorbene in der letzten Zeit sich gehalten hat. Den Gang seiner Trauerfeier hatte der Heimgegangene selbst entworfen. Unter den zahlreichen Kränzen fand sich auch ein Kranz des Vereins der gläubigen Offiziere und ein Kranz des christlichen Vereins junger Männer aus Berlin, zu dem der Verstorbene bereits seit seinen Berliner Amtsjahren in nahen Beziehungen stand.

D. Balan wurde am 4. Oktober 1855 geboren als Sohn des Geheimen Justizrates Frederic Balan und stammte aus einer Hugenottenfamilie, die bis Ende des 17. Jahrhunderts in Montanbau (Südfrankreich) ansässig war. Nach dem Besuch des Johannisgymnasiums in Breslau und der Universität Breslau und Heidelberg trat er 1877 in den Staatsdienst, wurde 1882 Gerichtsassessor bei der Staatsanwaltschaft Breslau und im folgenden Jahre Konsistorialassessor in Berlin, 1888 Konsistorialrat in Berlin, wo er dem bekannten Hofprediger D. Stöcker näher stand, und wurde 1889 in gleicher Eigenschaft an das Konsistorium in Posen versetzt, dessen Präsident er von 1900 bis Juli 1920 war. Nach kurzer Tätigkeit in der damaligen Abteilung Posen beim Konsistorium in Berlin, trat er am 1. April 1921 in den Ruhestand, den er mit seiner Familie in Potsdam verbrachte. Verheiratet war er mit Magdalene, Tochter des Oberstaatsanwalts Geheimen Oberjustizrats Meuß in Breslau. Von den zwei Söhnen und fünf Töchtern dieser Ehe ist ein Sohn in den letzten Tagen des Weltkrieges gefallen, während die schwer heimgesuchten Eltern auch noch drei Töchter durch den Tod verloren haben.

An der Bahre des Heimgegangenen, der seine beste Arbeitskraft der Posener Provinzialkirche gewidmet hat, stehen weite kirchliche Kreise in Trauer und Dankbarkeit.

X **Der morgige vorletzte Sonntag vor Weihnachten** führt bekanntlich im Volksmunde den Namen „Silberner Sonntag", hat aber während des Krieges, als das Silbergeld immer seltener wurde, seine Bedeutung als solcher schon lange verloren. Jetzt hat er nach behördlicher Anordnung seine Bedeutung als sog. geschäftsfreier Sonntag eingebüßt. Denn an dem morgigen Sonntage dürfen nach von uns an amtlicher Stelle eingezogener Erkundigung die Geschäfte nicht geöffnet werden. Als geschäftsfreie Sonntage in diesem Sinne gelten nur noch der Sonntag unmittelbar vor dem Weihnachts- und dem Osterfeste. An diesen beiden Sonntagen dürfen die Geschäfte in der Stadt Posen von 1—6 Uhr geöffnet sein.

X **Die Bezahlung für nichtgelieferten Mais** hat nach einer Mitteilung des Hauptvereins deutscher Bauernvereine begonnen. Die Lieferanten müssen sich mit ihren Kommissionären in Verbindung setzen, denen die Beträge ausgezahlt werden.

X **Die Folgen des andauernden Regenmangels** machen sich u. a. auch an dem niedrigen Wasserstande der Warthe bemerkbar. Der Wasserstand, der in der letzten Zeit wieder um 1 Meter gefallen ist, ist recht niedrig. Seit Jahren ist ein derartiger Stand der Warthe nicht mehr beobachtet worden.

Schlafwagen dritter Klasse werden auf den deutschen Eisenbahnen in Kürze eingeführt werden. Diese Wagen werden sich von den bisherigen dadurch unterscheiden, daß sie in Halbabteile mit je 3 Betten eingeteilt werden. Die Eisenbahnverwaltung wird keine Wäsche liefern, sondern nur das Bett mit der Matratze und die elektrische Beleuchtung nebst Wasser zur Verfügung stellen.

Die Margarinefabriken in Deutschland haben den Preis für ihre Erzeugnisse um 5 M. für das Pfund ermäßigt. Andere Artikel dagegen verteuern sich. Das Porzellan stieg um 66 v. H., Nähmaschinen wurden vorläufig um 150 v. H. erhöht, eine weitere Erhöhung von 25 v. H. wird erwartet.

X **Zu dem Tode des Richterschen Ehepaares in der Górna Wilda 111** (fr. Kronprinzenstraße), über den wir in der gestrigen Ausgabe berichtet haben, ist weiter mitzuteilen, daß die Angelegenheit noch nicht völlig aufgeklärt und die Frage noch nicht gelöst ist, ob ein Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt. Das Ehepaar war abends spät von einem Ausgange heimgekehrt und hatte sich ins Bett gelegt. Es wurde später tot aufgefunden. Der Ehemann, von Beruf Kaufmann, war 53 und die Ehefrau 45 Jahre alt.

X **Ein Rechnerkursus des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Großpolen** findet vom 15.—17. d. Mts. im kleinen Saale des Evangelischen Vereinshauses in Posen statt.

* **Wronke, 6. Dezember.** Am Sonnabend, dem 3. d. Mts., erschienen in den Nachmittagsstunden bei dem Kaufmann Zondek zwei mit Revolvern bewaffnete Männer in Uniform und erzwangen unter Bedrohung des betagten Ehepaares die Übergabe des Geldes. Darauf schlossen die Räuber das Ehepaar ein und verschwanden. Durch Rufe aus dem Fenster wurden dann erst die Nachbarn auf das Verbrechen aufmerksam gemacht.

k. **Obornik, 8. Dezember.** Der Landwirt Julius Kitzmann aus Potrzanowo, Kreis Obornik, feierte letzten Mittwoch mit seiner Frau in körperlicher und geistiger Frische die Goldene Hochzeit.

* **Thorn, 6. Dezember.** Der „Dz. Bydg." schreibt: Seit einiger Zeit waren hier Gerüchte im Umlauf, daß sich die Beamten des hiesigen Amts zur Bekämpfung des Wuchers und der Spekulation Mißbräuche und Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen. Die Kriminalpolizei wurde hierauf aufmerksam gemacht und verhaftete nach längeren Beobachtungen den Vertreter des Leiters des Amtes, Furmański, sowie einige Beamte und den Fabrikbesitzer Nachemstein, bei dem verdächtige Waren vorgefunden wurden.

Am Sonnabend, dem 3. d. Mts. verstarb nach kurzer schwerer Krankheit mein inniggeliebter Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Kaufmann [4235

Hugo Matzdorff

im Alter von 58 Jahren.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Luise Matzdorff, geb. Bein.

Liegnitz (früh. Posen), d. 4 Dezember 1921.

Am 9. Dezember entschlief sanft nach langem schweren Leiden der

Korbmachermeister

Benjamin Reichenstein.

Mehr als 30 Jahre hat der Entschlafene mit seinen Kräften und Gaben unseren Gemeinden in Gnesen und Posen als Küster und Lektor in großer Treue und Liebe gedient. Was er vielen in dieser Zeit hat sein dürfen, wird einst der Herr offenbaren, der ihn durch ein qualvolles Leiden nur noch näher zu sich gezogen hatte.

Die Kirchen-Kollegien der ev.-luth. Gemeinden Posen und Gnesen.

J. A. Jungermann, Pastor coll.

Für die vielen Beweise der Teilnahme anläßlich des Todes meiner lieben Frau

Erna Schultz

spreche allen Freunden und Bekannten meinen **herzlichsten Dank** aus. [4233

Karl Schultz, Administrator, Ksiązek.

Stadtverordnetenwahlen.

Deutsche Wählerversammlung

Sonntag, den 11. Dezember 1921, nachmittags 5 Uhr, im Saale des Evangel. Vereinshauses, ulica Wjazdowa 8.

Tagesordnung:

1. Die Pflicht der Deutschen in Polen zur Beteiligung am öffentlichen Leben. (Sejmabgeordneter Barczewski.)
2. Was muß jeder deutsche Wähler über die Stadtverordnetenwahlen wissen?

Die Deutsche Partei.

Danziger Privat=Actien=Bank.

Die außerordentliche Generalversammlung vom 22. November 1921 hat beschlossen, das Grundkapital um 20000000 Mark durch Ausgabe von 20000 Stück neuen auf den Inhaber und über je 1000 Mk. lautenden Aktien, welche vom 1. Januar 1922 ab voll dividendenberechtigt sind, zu erhöhen.

Nachdem der Kapitalserhöhungsbeschluß sowie dessen Durchführung in das Handelsregister eingetragen worden sind, werden die alten Aktionäre der Gesellschaft hierdurch aufgefordert, das Bezugsrecht auf die 20000000 Mk. neuen Aktien unter folgenden Bedingungen auszuüben:

1. Die Anmeldung muß bei Vermeidung des Ausschlusses **bis zum 22. Dezember 1921 einschließl.** in **Berlin** bei der **Berliner Handels-Gesellschaft,** „ **Danzig** „ „ **Danziger Privat-Actien-Bank** oder bei deren **Zweigstellen in Stolp, Elbing, Köslin, Marienburg u. Zoppot** unter Einreichung von zwei Anmeldescheinen nach Vordrucken, welche bei den Bezugsstellen erhältlich sind, während den bei jeder Bezugsstelle üblichen Geschäftsstunden erfolgen.
2. Auf alte Aktien im Nennbetrage von 3000 Mk., die ohne Gewinnanteilscheine einzureichen sind, werden neue Aktien im Nennbetrage von 2000 Mk. zum Kurse von 170% gewährt. Bei Ausübung des Bezuges ist der Bezugspreis von 1700 Mk. für jede Aktie bar zu zahlen. Den Schlußscheinstempel tragen wir.
   Beträge im Nennwerte von weniger als 3000 Mk. bleiben unberücksichtigt, jedoch sind die Bezugsstellen bereit, die Verwertung oder den Zukauf von Bezugsrechten zu vermitteln.
3. Die Zahlung des Bezugspreises wird auf dem einen Anmeldeschein bescheinigt; gegen dessen Rückgabe werden die neuen Aktien nach Fertigstellung ausgehändigt. Dieser Zeitpunkt wird bekanntgegeben werden.

Danzig, den 6. Dezember 1921. [4230

Danziger Privat=Actien=Bank.

Marx. Drewitz.

Ich habe von Sanitätsrat Dr. Chrzelitzer die gesamte **ärztliche Einrichtung** übernommen und meine Praxis nach

ULICA WIELKA 7I

verlegt.

Behandlung mit Röntgenstrahlen, Finsenlicht, künstlicher Höhensonne, Elektrotherapie.

Ich nehme jetzt wieder Mitglieder der Krankenkassen an.

Dr. St. R. Heider,

Spezialist für Haut- u. Geschlechtskrankheiten.

Zahn-Atelier

W. Dzielinski (vorm. C. Sommer)

plac Wolności 5. [2059b

Statt besonderer Anzeige.

Nach kurzem schweren Leiden entschlief heute morgen in Jena unser heißgeliebter einziger Sohn, Bruder und Enkel

Hans

cand. jur.

in seinem 23. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Paul Schachmann.

Zurzeit Jena, den 3. Dezember 1921.

Beisetzung hat bereits in Jena stattgefunden.

Posener Tiefbrunnen=Baugesch. und Pumpenfabrik, Poznań,

Traugutta 6, Tel. 1568, liefert erstklassige Arbeiten.

Metallgiesserei Szamotuły

ulica Ratuszowa Nr. 3

Ausführung aller Arbeiten aus eigenem u. geliefertem Material —Annahme sämtl. Maschinenteile u. Motorwellen usw. z. autogenen Schweissung bei fachmännischer Ausführung

Hochachtend [4212

Lernaciński & Staniszewski, Szamotuły

Herrenanzug od. Damenkostüm für 3900 Mk.

Infolge Fallens der Preise schicke ich jedem, der mir seine Adresse sendet, 3 Meter neuesten, eleganten Anzugstoff in allen Farben zu einem **ganzen Herrenanzug** oder zu einem **Damenkostüm** . . für **3900 Mk.** Die Stoffe stammen aus allererster Fabrik. **Stücke zu Damenblusen** (Halbwolle u. Seide) **in all. Farb. 950 Mk. Zu einem ganzen Damenrock 1750 Mk. Stücke „Diagonal“ zu Herrenbeinkleidern 1800 M.,** in besserer Qualität 2400 Mk. — Der Versand erfolgt ohne Anzahlung unter Postnachn. Porto u. Verpackung zu Lasten des Käufers. **Ohne Risiko!** Der Käufer riskiert nichts, denn wenn die Ware nicht gefällt, dann nehme ich sie innerhalb 14 Tag. v. Tage des Eintreffens, zurück u. erstatte den Betrag zurück. Adr.: **M. Bernsztejn, Warszawa,** ul. Dzielna 25 P T.

Landwirtschaften u. Geschäftsgrundstücke

jeder Größe **zu kaufen gesucht.** Zahlung erfolgt in Deutschland. Genaue Beschreibung mit Preisangabe zu richten an

Dom Handlowo - Komisowy Witosławski i Banaszek,

Strzałkowo.

Achtung! — Landwirte!

1 kompletter Motor-Dreschsatz und Schrotmühle steht zum Verkauf.

Max Wambeck, Janówiec, powiat Żnin.

Zu verkaufen:

1 kompl. Fleischerladen-Wandauskachelung nebst Aluminiumhaken, Marmorterrasse, gr. Schaufensterscheibe u. Tür mit Jalousien, sowie Fliesenfußbodenbelag. — Offerten an

P. Ziche, Nowawieś, Mochy

(powiat Wolsztyn).

ACHTUNG!!! Da auf d. Apothekermarkt andauernd Falsifikate von

Puder und Seife Bébé

sich zeigen, muss man sich vor ihren schädlichen Folgen in Acht nehmen und ausdrücklich verlangen:

Szofman's Puder und Seife Bébé,

des ersten Erfinders. Alles andere ist Nachahmung.

Spielplan des „TEATR WIELKI“ m. Poznania

Sonnabend, den 10. 12. um 7½ Uhr: **„Pajace und Widma“.** (Preisermäßigung.)

Sonntag, den 11. 12. um 12 Uhr mittags: **Vorlesung Josef Rosenzweig** über **Richard Wagner und „Walküre“.**

Sonntag, den 11. 12. um 3 Uhr nachm.: **„Tiefland“.** (Preisermäßigung.)

Sonntag, den 11. 12. um 8 Uhr: **„VI. Symphoniekonzert“.** Kapellmeister Direktor A. Dołżycki (Solist), St. Barcewicz (Geige).

Billettvorverkauf bei **Szrejbrowski,** Pawła 1.

Privat=Handelsschule.

Neue Kurse v. 4. Januar 1922 ab.

Buchführung, Rechnen, Handelskorrespondenz, Stenographie, Maschinenschreiben, Handelsbetriebslehre, Wechsel- u. Scheckkehre, Nationalökonomie, Wirtschaftsgeographie, Deutsch, Polnisch, Esperanto usw. [4135

Sprechzeit des Schulleiters, **Poznań, św. Wojciech 29,** von 2—3 und ausnahmsweise von 7—8 Uhr.

Schulhaus im Zentrum der Stadt.

Von der Reise zurückgekehrt

Oskar Schmidtke,

Dentist,

Aleje Marcinkowskiego 16, Ecke św. Marcin.

Mein Glöcklein will ich wieder läuten zum heilig. Advent. Möchte es hineinklingen in die Herzen vieler, insbesondere in dankbare Vater- und Mutterherzen, daß sie uns den Weihnachtstisch für unsere verwaisten, verlassenen, verkrüppelten oder siechen Pfleglinge decken helfen. Wir gehen durch dunkle Zeiten. Aber in dunkler Nacht, da läuten die Glöcklein besonders hell. So sind wir der fröhlichen Zuversicht, daß die Liebe unsrer zum Weihnachtsfeste nicht vergessen wird. Gaben nimmt mit herzlichem Danke entgegen

Pfarrer Oswald Jost

in Plejzew.

Postscheck Poznań Pfarrer Oswald Jost-Plejzew Nr. 201327 oder Posensche Landesgenossenschaftsbank, ul. Wjazdowa 3, Konto „Pastorenselbsthilfe“ für die Jost-Strecker-Anstalten.

Denkt Ihr unsrer noch in Treue,
Wie Ihr's tatet manches Jahr,
So beweist es uns aufs neue,
Reicht uns Weihnachtsgaben dar!
Für Weihnachtsfreude
Dem Krüppelleide
Dankt dann froh die Kinderschar

im **Diakonissenhaus Ariel, Kinder-Krüppelpflege und Erziehungsanstalt in Kijaskowo, powiat Wyrzyski.** [3928

Maschinen-, Cylinder-, Centrifugen-, Motoren-

Oele

Maschinen-Wagenfette, Treibriemen, Packungen etc.

Sander u. Brathuhn, Poznań

Al. Jen. Mickiewiskiego 23. Technisches Geschäft. Telephon 4019.

Günstig f. Destillationen!

Zu verkaufen ein gut erhaltener **Spielautomat** (**Polyphon Concerto**). Angeb. u. **B. G. 4216** an die Geschäftsst. dieses Blattes erb.

Kaufe laufend jeden Posten

Altpapier u. Papierabfälle

zu Tagespreisen. [W 735

J. Kasprzak, Poznań, św. Marcin 34, Teleph. 56-07.

Vertreter angesehener Fabrik im Posenschen.

Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitsrechte Abteilung Frauenbund.

Ein Krippenspiel

dargestellt von Kindern Mittwoch, d. 14. 12. 21, nachmittags 5 Uhr, im großen Saale des Evgl. Vereinshauses.

Eintrittskarten zu 100 M. einschl. Steuer sind in der Evgl. Vereinsbuchhdlg. (Wjasdowa) zu haben.

Friseurgroßhandlung

St. Wenzlik,

Poznań, 19 Aleje Marcinkowskiego 19

empfiehlt: [4019

Parfümerien, Bürsten, Kämme, Haarnetze, Spiegel usw., sowie **Perückenmacher-Artikel.**

Achtung Deutsche!

Bringe meine fertigen **Schuhwaren,** sowie **Reparatur-Werkstatt** in empfehlende Erinnerung. Sämtliche Arbeiten werden nur aus Kernleder und zu billigen Preisen ausgeführt. **Hammonia, ul. Słowackiego 29, Jersitz.** Bei Mitbringung des Inserats 10% Rabatt. [4125

Welcher Pole in Deutschl. tauscht geg. ein Wassermühl. Grundst. in Pr. Poznań?

Die Wassermühle hat eine herrliche Lage u. ein recht flottes Geschäft; nebenbei Bäckerei und Landwirtschaft. Eigene Lichtanlage. Alles im besten Zustande. Offerten u. **4197** an die Gesch. d. Bl. erb.

Welcher Pole Deutschlands **tauscht** mit einem Deutschen bei Ostrowo eine

Landwirtschaft.

Eigentum 53 Morgen, guter Weizenboden massive Gebäude großer Obstgarten, vollständiges Inventar. Ang. u. **R. S. 4092** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag, 10: Gd. Greulich. — 11: Kgd. Ders.

Kreising. Sonntag, 2: Gd. Greulich.

Luisenhain. Sonntag, 10: Gd. Kienitz.

Ankäufe u. Verkäufe

Städt. Hausgrundstück

m. Dampfmolkerei verkauft od. vertauscht nach Deutschl., eignet sich a. für Getreidekfm. u. -Händler. Speicher u. viel Stallung. Off. u. **P. P. 4210** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Kaufmanns-Laden M. B. 3927

(Buttergeschäft) mit zwei Schaufenst., elektr. Beleucht., prima Einricht. anschl. Stube, Küche u. kl. Gemach f. 75000 M. zu verk., nur an Selbstreflekt. **Steinborn, Berlin N. 65 Schererstr. 7, 1. Et.**

Gelegenheitskauf!

Herrenpelz

verkaufe sofort billig. **Köhler, ul. Głogowska 108,** Aufg. 4 III links. v. 12—5 Uhr nachm.

Habe 30 sehr schöne

Merino-Fleischschaf-Muttern,

Januar lammend, wegen Futtermangel abzugeben. **Schindowski, Wysoczka bei Buk.**

Passende Weihnachtsgeschenke.

1 Messingkrone, 2 Messinghängelampen, elektr. evtl. auch für Gas, mehrere elektr. **Tischlampen,** verkauft spottbillig **„Elektromoß“, ul. Maleckiego 38.** [4220

Fensterglas

in allen Sorten.

Glaserkitt, Glaserdiamanten, Bilderleisten

liefert **L. Zippert, Gniezno.**

Gottes Nein.

Wenn man in der Bergpredigt liest, mit welcher Entschiedenheit Jesus seinen Jüngern die Weisungen für ihr Leben gibt, dann hört man immer ein scharfes, hartes Nein hindurchklingen: „Ich aber sage euch, daß ihr allerdings nicht schwören sollt"; „ich aber sage euch, daß ihr nicht widerstreben sollt dem Übel" u. s. f. Jesus kennt keine Kompromißmoral, kennt keine kasuistischen Fündlein, die dem Menschen hier und da ein Hinterpförtchen offenlassen, durch das er dem strengen Gebot Gottes entwischen könnte. Jesus ist unerbittlich in der Heiligkeit seiner sittlichen Forderungen. Das ist doch im letzten Grunde der Sinn aller jener in Verbotsform gefaßten Forderungen des Gesetzes, daß sie allem Bösen der Menschen Gottes Nein gegenüberstellen. Denn Sünde und Gott sind unvereinbare Gegensätze.

Adventszeit erinnert uns an all das Neue, das mit dem Kommen Jesu in die Welt getreten ist. Das ist auch ein Stück neuen Testamentes, daß es mit aller sittlichen Laxheit aufgeräumt hat. Jesus kennt nur ein Entweder Oder, ein Ja ja oder ein Nein nein, aber keine verschwommene und unklare Stellung zum Sittlichen.

Darum weist der Advent die Gemeinde auch auf das Kommen Jesu zum Gericht. Denn das Gericht ist Gottes Nein der Sünde gegenüber, ist die große Negierung alles Rechts des Bösen auf Herrschaft und Geltung in der Welt. Sagt die Sünde frech: hier bin ich, so sagt Gott ihr sein Nein und verurteilt und verdammt sie zur Vernichtung; macht am jüngsten Tage der altböse Feind sein Recht geltend auf eine Menschenseele, die er hier in seine Gewalt gezogen hatte, und triumphiert die Hölle: sie ist gerichtet! so antwortet Gott mit dem Nein seiner erlösenden Gnade: nein, sie ist gerettet. Wer will die Auserwählten Gottes beschuldigen? Gott ist hier, der gerecht macht. Wer will verdammen? Christus ist hier, der gestorben ist, ja vielmehr, der auch auferwecket ist, welcher ist zur Rechten Gottes und vertritt uns!

Adventsangst! Er kommt zum Weltgerichte, zum Fluch dem, der ihm flucht, mit Gnad' und süßem Lichte, dem, der ihn liebt und sucht. Das mahnt uns an die heilige Verantwortung, die wir vor Gott und unserem Gewissen haben. Sagen wir hier zur Sünde nicht unser entschiedenes Nein, dann wird Gott einmal dort zu uns sein Nein sagen: Ich habe euch noch nie erkannt, weichet alle von mir, ihr Übeltäter. Wann er kommen wird, zu richten die Lebendigen und die Toten — wer kann das sagen? Manche meinen, daß die Zeichen der Zeit auf ein nahendes Ende deuten. Aber das Wann ist nicht die Hauptsache, sondern darauf kommt es an, daß, wenn einst sein großer Tag uns erscheint und sein Gericht, wir bereit seien zu stehen vor des Menschen Sohn.

D. Blau-Posen.

Die Lage im Burgenland.

Der Berichterstatter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" berichtet: Die burgenländische Frage ist durch die heutige Ratifizierung des Protokolls von Venedig im Nationalrat in ein neues Stadium getreten.

Während Österreich damit zur Vereinigung einen Schritt vorwärts tut, sucht man ungarischerseits durch verstärkten Druck auf die Bevölkerung des Abstimmungsgebietes freie unbeeinflußte Abstimmung unmöglich zu machen. Die österreichisch Gesinnten in Ödenburg sind täglich Insulten seitens der ungarischen Gendarmen ausgesetzt. Besitz österreichischer Flugblätter, ja sogar Lesen der Flugblätter wird mit Verhaftung bestraft. Prügel sind dabei selbstverständliche Begleiterscheinungen. Die Stadt ist voll von ungarischen Detektiven und Spitzeln, die mit Pistolen bewaffnet jede österreichfreundliche Meinungsäußerung unmöglich zu machen suchen. Montag nacht traf neuer Zuzug von Freischärlern ein. Zwei Züge, mit etwa 20 Waggons von Freischärlern besetzt, wurden im Abstimmungsgebiet ausgeladen. Die Freischärler verteilten sich im Raum nördlich und östlich von Ödenburg.

Während die österreichische Propaganda brutal unterdrückt wird, entfaltet sich die ungarische vollkommen frei. Ungarische Propagandazettel werden vor den Augen der Gendarmen angeklebt. Die interalliierte Generalkommission, die offen ihre Gefühle für Ungarn zeigt, ist taub und blind für magyarische Übergriffe und Terror. Das ungarische Hetzblatt „Christliches Ödenburger Tageblatt" ist wegen Falschmeldung über Aufteilung Österreichs auf zwei Tage von der Generalkommission verboten worden. Dies geschah auf österreichische Vorstellungen und bestätigt nur die Regel. Neuerdings versucht Ungarn mit Autonomieversprechungen die Bevölkerung zu ködern. Der Erfolg des Unterschriftensammelns ist überwiegend gering, wenn auch einige unter Druck angesichts der Pistolen ungarischer Werber nachgeben. Die Bevölkerung ersehnt die Ankunft interalliierter Truppen.

Bei der eben skizzierten Lage im Burgenlande bedeutet die heutige Ratifizierung des Venediger Protokolls im Nationalrat möglicherweise einen folgenschweren Schritt. Man glaubt in burgenländischen Kreisen, daß die Ratifizierung vor Erfüllung der Vorbedingungen für geheime freie Abstimmung nicht ungefährlich ist, zumal die interalliierte Generalkommission keine Autorität gegenüber den magyarischen Behörden aufbringt. Man hofft, daß, falls Ungarn den an den Ratifizierungsantrag geknüpften Voraussetzungen nicht entspricht, der Ratifizierungsbeschluß durch den Bundesrat verweigert und an die Nationalversammlung zurückverwiesen wird. Wegen technischer Schwierigkeiten insbesondere dürfte die Heranschaffung interalliierter Truppen einige Zeit in Anspruch nehmen, und man hält es hier für wahrscheinlich, daß die Abstimmung um einige Wochen sich hinauszögern wird.

Eine Unterredung mit Dr. Schober.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schober gewährte dem Sonderberichterstatter der „Telegraphen-Union" eine Unterredung. Der Bundeskanzler legte darin ausführlich dar, daß das Verhalten Österreichs gegen Ungarn in der Frage des Burgenlandes bis zum heutigen Tage völlig loyal gewesen sei. U. a. sagte er:

Wenn Österreich sein gutes Recht vertritt, so wird man ihm daraus keinen Vorwurf machen können, am wenigsten den Vorwurf der Gehässigkeit gegen Ungarn, dessen größte Verluste auf ganz anderem Gebiete liegen, und das durch eine Abtrennung des Burgenlandes und auch Ödenburgs keine nennenswerte nationale Einbußen erleidet. Dankbar hatte Österreich jede Sympathiekundgebung von reichsdeutscher Seite in der burgenländischen Sache begrüßt; daß eine solche Sympathie einen Bruch mit der alten ungarischen Freundschaft Deutschlands bedeuten könnte, hat man hier niemals angenommen.

Die nationale Solidarität, abseits von jeder Politik, die zur Zeit der Kärntner Abstimmung in so großartiger Weise aus dem Reich nach Österreich herübergedrungen ist, sollte uns nicht zu für Österreich schmerzlichen Vergleichen mit der heutigen Lage veranlassen. Auch die Ödenburger Abstimmung geht wie die von Kärnten um das Selbstbestimmungsrecht eines deutschen Volksteiles, und wenn eine einigermaßen gerechte nationale Grenze zwischen Österreich und Ungarn geschaffen wird, die Bürgschaften auf friedliche Dauer enthält, wenn ferner die Ödenburger Abstimmung so vorbereitet wird und vor sich geht, daß beide Teile das Ergebnis als unverfälschten Ausdruck des Volkswillens anerkennen können, dann wird eine natürliche deutsche Sympathie für unsere Sache um so weniger Ungarn feindlich sein, weil gerade Österreich und Ungarn durch eine gerechte Lösung, aber auch nur durch eine solche, einander näher kommen werden.

Uebernahme der deutschen Eisenbahnwaggons.

Warschau, 9. Dezember. Das Eisenbahnministerium teilt mit: Am 5. Dezember d. Js. begann die formale Übernahme des Güterwagenparks von den Deutschen, die Polen auf Grund des § 371 des Versailler Vertrages durch die interalliierte Kommission unter dem Vorsitz des japanischen Majors Tanuki in Berlin zugesprochen wurden. Diese Wagen befinden sich zum größten Teil schon in Polen. Sie stellten jedoch bisher rechtlich noch keinen polnischen Besitz dar und trugen auch nicht die Abzeichen der polnischen Staatswagen. Darum konnte auch in vielen Fällen die richtige Benutzung dieser Wagen nicht in der Weise geschehen, wie wenn dieser Wagenpark unumstrittenes Eigentum des polnischen Staates wäre. Diese formale Übernahme der Waggons durch Polen ist nicht nur von rechtlicher, sondern auch formaler Bedeutung, da sie eine weitgehende Ausnutzung der Wagen erlaubt. Weil die Wagen in ganz Polen zerstreut sind und es nicht möglich ist, sie aus dem Verkehr zu ziehen, weil zudem der Winter die Arbeit erschwert, wird diese Tätigkeit einige Monate dauern. Die Übernahme wird von 25 gemischten Unterausschüssen an verschiedenen Stellen des Reiches durchgeführt. Die Leitung der ganzen Aktion wird in den Händen der Kommission des zentralen Aufsichtsamtes der Wagenübernahme beim Eisenbahnministerium in Warschau ruhen.

Es müssen annähernd 50 000 Güterwagen zurückgegeben werden. Was die Personenwagen und Lokomotiven anbetrifft, so ist daran zu erinnern, daß die Zuteilung schon lange vollzogen ist. Die tatsächliche Übernahme der Lokomotiven und der Personenwagen geht ihrem Ende entgegen. Es ist also zu erwarten, daß die polnischen Eisenbahnen in einigen Monaten endlich in den unumstrittenen Besitz des Wagenparks aus deutschem Besitz kommen.

Die gleiche Angelegenheit, die die Übernahme des ehemaligen österreichisch-ungarischen Wagenparks betrifft, befindet sich noch wegen der großen Schwierigkeiten, die aus dem Widerspruch der Interessen der Nachfolgestaaten entspringt, in ihrem Anfangsstadium. Diese Angelegenheit liegt in den Händen einer internationalen Kommission in Wien, deren Führer der Engländer Sir Francis Dante ist.

Karachan über die russisch-polnischen Beziehungen.

Berlin, 8. Dezember. (Telunion.) Ein Mitglied der Telunion hatte Gelegenheit, mit dem Gesandten Sowjetrußlands in Warschau, Herrn Karachan, zu sprechen. Karachan charakterisierte ungefähr in folgender Weise das Verhältnis Sowjetrußlands zu Polen und zu den Randstaaten Estland, Lettland und Litauen: Die Beziehungen zu den Randstaaten Estland, Lettland und Litauen sind völlig normal und entsprechen auch den ökonomischen Vorteilen, die diese Staaten, besonders Estland und Lettland, aus dem Transitverkehr mit Sowjetrußland ziehen. In den Beziehungen zu Polen ergaben sich Schwierigkeiten. Leider verfolgen manche Militärkreise ihre politischen Sonderinteressen. Es liegt keinerlei Anlaß vor, an kriegerische Absichten Polens gegen Sowjetrußland zu glauben, trotz der bereits erwähnten Haltung mancher polnischen Militaristen. Würden sich irgendwo Wirrköpfe finden, die meinen würden, auf die Möglichkeit eines polnisch-sowjetrussischen Krieges politische Pläne gründen zu können, so wären derartige Hoffnungen in jeder Beziehung als vollständig verfehlt zu betrachten. Sowjetrußland hat durch die in Warschau eingetroffenen Goldsendungen neuerdings bewiesen, daß es seinerseits den Vertrag von Riga erfüllt. Es ist nur zu begrüßen, wenn deutscherseits auf eine wirtschaftliche Verständigung mit Polen hingearbeitet wird. Gerade eine derartige Politik würde der Logik der wirtschaftlichen Verhältnisse am meisten entsprechen.

Das friedlose Europa.

Feststellungen des Ministers Nitti.

In seinem Buch „Das friedlose Europa" widmet der frühere italienische Staatsminister Nitti einen interessanten Abschnitt dem durch Briands Rede wieder erneut notwendig gewordenen Nachweis der völligen Unmöglichkeit eines von Deutschland geführten Rachekrieges. Er führt u. a. aus:

Deutschland hat die Bedingung der Abrüstung loyal erfüllt, seine Flotte ausgeliefert, seine Festungen geschleift, das Kriegsmaterial zerstört. Zurzeit besitzt es keine Flotte, kein Heer, keine Artillerie. Es kann keinen Gewaltakt abwehren. Zur Vorbereitung eines neuen Krieges würden viele Monate erforderlich sein, während deren Frankreich und seine Verbündeten nicht müßig bleiben würden. Was Ludendorff über die Unmöglichkeit eines deutschen Rachekrieges erklärt habe, entspräche vollkommen der Wahrheit.

Nitti gibt diese Erklärung wieder und fügt hinzu: „Auch Frankreich müsse zugestehen, daß ein Rachekrieg für Deutschland Selbstmord wäre. Deutschland habe ein kleines Söldnerheer, keine Dienstpflicht, keine Fliegerei und an Artillerie nur das zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern Notwendige. Alle ehemals verbündeten Mittelmächte hätten zusammen nur 180 000 Mann, ausgenommen die neuentstandenen Staaten, die sich auf Wunsch und namentlich im Interesse eines Ententestaates bewaffnet hätten. Frankreich habe heute ein stärkeres Heer als Deutschland vor dem Kriege. Frankreich mache die größten militärischen Anstrengungen, die in der ganzen Neuzeit zu verzeichnen seien und die nur zwei Ziele haben könne: die militärische Herrschaft oder den Ruin."

Die Faszisten.

Wie schon gemeldet, haben die Faszisten die Umwandlung ihres 320 000 Mitglieder zählenden Bundes in eine Partei beschlossen. Die Leitung der neuen Partei, deren Programm sich als ein Mischprogramm rechtsliberaler Färbung, zusammengehalten durch eine aufs höchste gesteigerte Auffassung des nationalen Gedankens, darstellt, hat bezüglich der Parteiorganisation Beschlüsse gefaßt, die zeigen, daß man die Partei mit geradezu militärischer Straffheit zu lenken gedenkt. Es wird ein Generalinspektorat eingesetzt, das mit dem politischen Sekretariat zusammen arbeitet und die „Kampfabteilungen" einer strengen

Flaubert.

Zum 100. Geburtstage am 12. Dezember.

Von Dr. **Ernst Ulitzsch.**

Leben und Werk dieses Mannes war Kampf. Kampf um die eigentliche Natur der Welt. Er war, um mit Renan zu sprechen, ein Romantiker, der gegen die Romantik protestierte, ein Idealist, der sich nutzlos abquälte, um einem Bourgeois zu ähneln, ein Geschöpf, das sich selbst verneinte, wie das an seinen Pfoten fressende Fabeltier des Ktesias. In seiner Jugend war die Romantik Mode in der Literatur und im Leben. Victor Hugo und der ältere Dumas galten damals dem gebildeten Europa als Literatur und schrien ihre überhitzten Tiraden in das beifallsfreudige Parkett. Gustav Flaubert begann sehr früh zu schreiben, in einem Alter, da andere Knaben gerade von den Jugendspielen zur Literatur kommen oder erste stümperhafte Verse im Überschwang der Pubertätsgefühle aufzeichnen. Seine Jugend war einsam, spielte sich fast nur im Kreise der Familie ab, der zumeist aus weiblichen Personen bestand. Männer, die in überwiegend weiblicher Umgebung aufwachsen, verlieren ihr Lebtag nicht eine feminine Überempfindlichkeit der Epidermis. So verlor Flaubert niemals zwei Züge, die allen Männern anhaften, die man zu lange in weiblicher Obhut gelassen hat: eine große Naivität und einen Abscheu vor körperlicher Betätigung. Sein ganzes Leben lang ist er naiv und seßhaft gewesen. Er konnte es nicht ohne Unbehagen sehen, daß man in seiner Gegenwart auf und ab ging oder tätig war; er erklärte mit seiner beißenden, sonoren und stets etwas theatralischen Stimme, das sei durchaus nicht philosophisch. „Man kann nur sitzend denken und schreiben," pflegte er kurz zu sagen.

Bereits in seiner Jugend zeigten sich Merkmale einer Krankheit, der er endlich zum Opfer fiel: Gustav Flaubert war Epileptiker und auch in seiner Arbeit stets von einer gewissen Besessenheit. Als fünfzehnjähriger Schüler schrieb er die vollendete Novelle „Der Büchernarr" (deutsch bei Paul Steegemann, Hannover), eine Mordgeschichte im Stil E. Th. A. Hoffmanns, weiter die Verzweiflung eines scheintot Begrabenen und Geschichten von Alchemie, Satanismus und Abwegen der Seele. Zwanzigjährig dichtet er den Roman „November", ein Werk der Desillusion, die fortan über allen seinen Werken schwebt. Seitdem beginnt der Kampf zwischen seiner romantischen Seele und dem realistischen Zopf. Er will Bücher schreiben, die unerbittlich und klar wie das Leben sind. Emma Bovary, die Heldin des ersten von Flaubert der Öffentlichkeit übergebenen Buches, ist eine kleine Bourgeoisfrau irgendwo in dieser trostlosen französischen Provinz, die mit der deutschen Provinz nicht zu vergleichen ist; denn in Frankreich ist nur Paris der einzige Lichtkreis in einem stumpfen Dunkel. Und doch ist Emma eine unverstandene Frau, eine Ästhetin. Sie friert, als ihr Gatte eines Tages ein Taschenmesser „wie ein Kutscher" aus der Tasche zieht. Zwischen ihr und den Herzoginnen Scribes besteht eine heimliche Verwandtschaft, und trotz aller Ironie erscheint sie bei Flaubert als Märtyrerin, während ihr Gatte eine leicht komische Figur wird wie die Cocu des 18. Jahrhunderts. Flauberts Dichtertum wurde weiter ein Kampf gegen die eigene Individualität, es war ihm alles um die Ausmerzung eines „Defektes" zu tun, als welcher ihm die Romantik galt. Er zwingt sich zur Unpersönlichkeit, zur Darstellung dessen, was er haßt. Um zu zeigen, daß jene Werke die größten sind, die dem Akademischen widerstreben, an denen der Dichter gar keinen seelischen Anteil nimmt, schreibt er mit dem Farbenrausch der verhaßten Romantik seinen Roman „Salambo". Es ist der Roman des sterbenden Karthago, zu dem er jeden Satz hundertmal siebte, um ihn in kältester Objektivität hinzusetzen. Aber die Objektivität ist nur Schein, das Buch ist lebensunwahr wie die „große Oper" und voll leerer Dekoration wie diese. „Salambo" ist ein Merkstein, daß der Dichter nie neben sein Werk treten kann, sondern immer in ihm sein wird. Grausam ist Flauberts Roman „Education sentimentale", dessen Titel man wohl richtig mit „Schule der Gefühllosigkeit" wiedergibt. Es ist der Roman der großen Zwecklosigkeit alles Irdischen, eine unbarmherzige Variation des Themas: „Kein Ding ist der Mühe wert". Trostlos ist in ihm die Jugend, die sich vergebens um die im rosigsten Optimismus verklärten Dinge bemüht und sie nicht erlangt; trostlos ist das Alter, das alle Hoffnungen begraben mußte und alle Lebensstationen hinter sich zerstört sieht. Es liegt hierin die Verneinung des individuellen Lebens, eine Art ästhetischer Sozialismus, wenn Flaubert von dem Romanhelden, der er — trotz aller „Objektivität" — selbst ist, sagen läßt: „Indem er in der Persönlichkeit der anderen unterging, vergaß er die seine, was vielleicht das einzige Mittel ist, nicht darunter zu leiden." So steigt der Wesenszug der Askese früh in ihm auf und verdichtet sich zu seinem reinsten Werk, zur „Versuchung des Heiligen Antonius". Hier ist Flaubert selbst der von religiösen und erotischen Phantasien umwogte und zerquälte Anachoret, hier taumelt er, der Bürger, durch tausend Abenteuer entfesselter Imagination, und hier endet er, der Skeptiker, bei der weisen Mystik der Johannes-Apokalypse.

In seiner Jugend unternahm Gustav Flaubert einige Reisen, die zu seiner Zeit noch halbe Abenteuer waren. Er lernte die Pyrenäen, Korsika und Italien kennen. Von 1849 bis 1850 hielt er sich in Ägypten auf. Bereits aus diesen Reiserouten ersieht man, daß er einer wohlhabenden Familie entstammte. Und diese finanzielle Sicherheit erlaubte ihm auch, sich ohne Beruf ins Leben zu wagen. Denn der „Beruf" des Dichters, wie Flaubert ihn verstand und lebte, war schon von vornherein nicht geeignet, die Basis einer Existenz zu sein. Nur diese absolute Unabhängigkeit von den materiellen Dingen erlaubte es ihm, fünf bis sieben Jahre an einem Buche zu arbeiten, dessen bester Erfolg glücklichenfalls einige tausend Franken waren. Er arbeitete aber dennoch rastlos an seinen Werken, angestrengter noch als Balzac, der zweihunderttausend Franken Schulden mit seiner Feder tilgen mußte, angestrengter noch als ein Galeerensklave. Er saß manchmal zwanzig Stunden an seinem Schreibtisch und machte „Romankopie", was heißt, daß er in jener Zeit gewöhnlich nur zehn bis zwanzig Zeilen fertig brachte, die ihm druckreif erschienen. Er hat einmal über ein Beiwort drei Tage nachgedacht und seine Sätze immer und immer wieder verworfen. Sein Freund Alfons Daudet hatte nicht ganz unrecht, als er ihm den Vorwurf machte, es sei Literatur „für taube Ohren", Feinheiten, die niemand als der Schreiber selbst verstände. Und die gealtert George Sand, der es eine Wohltat war, Flaubert bemuttern zu dürfen, schreibt in einem noch unveröffentlichten, in meinem Besitz befindlichen Briefe an ihn: „Ich habe meinem Ehrgeiz nicht so hohe Ziele gesteckt als Du. Du willst für spätere Zeiten schreiben. Was mich betrifft, so glaube ich, daß ich in fünfzig Jahren vollständig vergessen und vielleicht hart verkannt sein werde. Dies ist das Los der Dinge, die nicht auf der höchsten Stufe stehen, und ich habe ja nie geglaubt, daß ich sie erreicht habe. Mein Streben war vielmehr, auf meine Zeitgenossen zu wirken, und wenn es auch nur wenige gewesen sind, und ihnen das Ideal eines poetischen Daseins mitzuteilen."

Da die Liebe zur Literatur sein ganzes Wesen erfüllte, so blieb ihm wenig Zeit für andere Dinge übrig. Er lebte, wie er der Sand schrieb, als kleiner Rentner auf dem Lande, in seinem Hause am Ausgang der Seine und wohnte im Winter zwei Monate in Paris, wohin er eigentlich nur zurückkehrte, wenn er Studien zu machen hatte. Denn in der peinlichen Genauigkeit seiner Schilderungen ist er Vorläufer der Naturalisten gewesen. Manchmal besuchten ihn seine Freunde Daudet, Zola, die Brüder Goncourt, sowie einige andere, die zur Literatur nur gelegentliche Beziehungen hatten, wie Maxim Ducamp. Unter seinen Freunden war auch Turgenjeff, der

Disziplin unterstellen und den Zusammenhang unter ihnen aufrechterhalten soll.

Die Abteilungen werden einheitlich gegliedert und instruiert, Unterkommandos eingesetzt, Sportabteilungen begründet. Die Parteileitung erklärt, es solle mit eiserner Disziplin und soldatischem Gehorsam am Wiederaufbau des Vaterlandes gearbeitet werden. Sie nennt die Partei eine „freiwillige Miliz im Dienst der Nation“. Die Partei werde für den Staat eintreten, so lange er der Verteidiger und Vorkämpfer der nationalen Überlieferung und des nationalen Willens sei, sie werde an die Stelle des Staates treten, so oft er sich unfähig zeige, die Elemente innerer Zersetzung zu bekämpfen, sie werde gegen den Staat sein, wenn er in die Hände derer falle, die die Zukunft des Landes bedrohen.

Seinerzeit haben die Faszisten bekanntlich den kommunistischen Abgeordneten Misiano, der im Kriege desertiert war, mit Gewalt aus der Kammer entfernt. Nunmehr hat die faszistische Fraktion erklärt, sobald Misiano diesmal in der Kammer erscheine, würde die gesamte Fraktion die Mandate niederlegen.

Ein interessanter Brief.

Der „Fränkische Kurier“ veröffentlicht einen Brief des Engländers Sir Francis, der ihm von der „Cincinnatier Freien Presse“ zugesandt wurde, und der beweist, daß die Wirkung der Lügenpropaganda der Entente in den Vereinigten Staaten sich allmählich in das Gegenteil verkehrt. Gerade jetzt, wo Frankreich uns aufs neue mit Gewaltakten heimsucht, sind diese Ausführungen von ganz besonderem Interesse.

Dieser Brief ist in der Neuyorker Zeitschrift „The World Tomorrow“ erschienen. Geschrieben hat ihn ein englischer Offizier, der im Burenkrieg für England focht und während des Weltkrieges die Aushebungen in Irland leitete. Dieser Offizier ist aus bekanntem Geschlecht der fünfte Baronet von Hutton Sir Francis Patrick Fletcher Van, Mitglied des Parlaments. Sir Francis hat sich mit Erfolg als Schriftsteller versucht. Unter anderem hat er ein Buch geschrieben über Englands grausamen Eroberungskrieg in Südafrika, der den beiden Burenrepubliken die Freiheit kostete. Den eingangs erwähnten Brief schrieb er in Florenz. Er ist an einen Amerikaner gerichtet und enthält eine scharfe Kritik des Versailler Vertrages nicht nur, sondern der Politik der Alliierten überhaupt.

„Ihrer Verurteilung des schmachvollen und schimpflichen Friedens von Versailles und des darin zum Ausdruck kommenden Verrats pflichte ich mit Herz und Seele bei“, schreibt Sir Francis. „Wir haben die Deutschen verleitet, auf Grund gewisser Richtlinien, die von Edelmut hätten zeugen können, die Waffen niederzulegen, aber sobald der Zweck erreicht war, haben wir diese Richtlinien verleugnet. Ein skandalöserer Vertrauensbruch ist niemals begangen worden. In ungleich höherem Maße als die deutsche Invasion Belgiens ist der Pariser Friedensvertrag ein Verstoß gegen die Ehre fast der gesamten Welt. In der ganzen Menschheitsgeschichte gibt es kein Beispiel zu dieser Unehrlichkeit, die das ganze Menschengeschlecht vergiftet hat und auf Generationen hinaus vergiften wird.

Ich glaube nicht, daß Deutschland in den letzten fünfzig Jahren militaristischer gewesen ist als England und Frankreich. Es besteht nicht der geringste Unterschied zwischen dem britischen und dem deutschen Militarismus, nur war der erstere beständiger in der Macht, während der letztere nur gelegentlich der herrschenden Bourgeoisie seinen Einfluß aufzwang. Es ist auch nicht zulässig, Deutschland ausschließlich für den Krieg verantwortlich zu machen. In Amerika besonders behauptet man immer wieder, Deutschland sei kein demokratisch regiertes Land gewesen, wohl aber seien das die Länder der Alliierten. Ich bin der Ansicht, daß die Behauptung, England und Frankreich seien Demokratien, nicht der Wahrheit entspricht. Beide hätten Demokratien sein können, aber verborgene Einflüsse ließen es nicht zu. In Frankreich herrschte die Bourgeoisie, unterstützt von den bäuerlichen Gutsbesitzern, die außerordentlich individuell, sonst aber recht schäbig sind. In England spielte bis zum Jahre 1914 das Schlagwort Demokratie eine Rolle bei den Wahlen, aber eine wirkliche Demokratie gab es nicht. Man tat sehr vornehm in England, erhielt sorgfältig die äußere Form des Feudalismus, unter Ausschließung eines größeren Teiles der öffentlichen Beamtenschaft. Wir sind nicht ganz so aristokratisch wie früher; aber wir sind jetzt etwas viel Gemeineres, wir sind plutokratisch.

An das Märchen, der Kaiser und die Junker hätten den Krieg veranlaßt, glaube ich nicht. Nicht einmal an den Teufel als Urheber glaube ich, außer er hat die Regierungen beeinflußt. Frankreich tut mir leid, aber als der Krieg ausbrach, war ich zwanzig Jahre lang Zeuge seiner herausfordernden Haltung Deutschland gegenüber gewesen. Ich selbst habe fünf Jahre lang in einem kleinen Schloß in der Bretagne gewohnt. Dort befand ich mich auch, als der französisch-russische Bündnisvertrag zum Abschluß kam. In der elsaß-lothringischen Frage habe ich niemals einen Grund zu berechtigter Beschwerde erblicken können. Während des Krieges tat ich zuerst Dienst im Elsaß. Dort las ich Berichte des französischen Nachrichtendienstes über die Haltung der Elsässer. Aus diesen Berichten ging hervor, daß Zweifel darüber bestanden, ob bei einer Volksabstimmung die Mehrheit der Bevölkerung sich für die Wiedervereinigung mit Frankreich erklären würde. Bei unserem ersten Vorrücken gegen Mühlhausen nahm ein großer Teil der Bevölkerung eine entschieden feindselige Haltung an.“

Auch von den aus Belgien verbreiteten Greuelgeschichten hält Sir Francis nichts. Er gibt freimütig zu, daß er, wenn seine Leute beim Einrücken in eine Ortschaft von Zivilisten aus dem Hinterhalt niedergeschossen worden wären, wahrscheinlich auch den Befehl erteilt haben würde, die Täter ohne weiteres standrechtlich zu erschießen. Er fährt fort: „Aber es gibt andere Dinge, die von britischen Kritikern nicht beachtet werden, obschon sie beachtet werden sollten. Ich will nicht von Irland sprechen. Ich erwähne nur Amritsar und die Sammlung der „Morning Post“ für den Helden von Amritsar. Der Militarismus ist nicht von Potsdam allein ausgegangen. Er mag ursprünglich von dort und aus den preußischen Märschen gekommen sein. Ich weiß das nicht.“

Nochmals die Franziskanerkirche.

Von einem Mitgliede der deutschen Kirchengemeinde der Franziskanerkirche erhalten wir folgende Ergänzung zu unserem Artikel „Notschrei deutscher Katholiken“ vom 3. Dezember:

Da die breite Öffentlichkeit den Notschrei deutscher Katholiken der Posener Franziskanerkirche bereits vernommen hat, so seien heute einmal in Ergänzung dieses Artikels die Zustände geschildert, die sich seit Polonisierung dieses Gotteshauses in demselben zutragen.

Der deutsche Katholik, dem seine Franziskanerkirche über alles ging, mit der er sozusagen verwachsen war, findet in diesem Gotteshause heute nicht mehr die ungestörte Andacht, wie er sie sonst vorher zu finden gewohnt war. Keinem deutschen Katholiken war es früher eingefallen, die Mitbesucher dieses Gotteshauses, „die polnische Intelligenz“, aus der Kirche zu verweisen — bloß weil diese ein polnisches Gebetbuch hatten! Ungestört und ungehindert konnten die Polen, trotzdem die Franziskanerkirche für die deutschen Katholiken bestimmt war, auch in derselben Andachten in ihrer Muttersprache, also polnisch, abhalten. So fanden denn auch ganz besonders in der Zeit der großen Faste an jedem Sonntag von 1—2 Uhr der Kreuzweg statt, ferner an jedem Dienstag-Nachmittag in dieser Zeit die sog. „Gorzkie żale“ (Passionsandacht). Die amtierenden Geistlichen der Franziskanerkirche hielten den Gottesdienst — ein polnischer Geistlicher die Predigt in polnischer Sprache. Die deutschen Katholiken ließen alles ruhig geschehen und störten diese Andachten nicht. Aber wie sieht es heute bei den umgekehrten Verhältnissen aus? — Der katholische Pole kennt solche Rücksichtnahme seinem deutschen Glaubensgenossen gegenüber nicht. Im Gegenteil; er machte das Gotteshaus, die Stätte der Erbauung, zu einer Stätte nationalistischer Gehässigkeit. Traurig genug, daß blinder Haß und Fanatismus der Leitstern sind, und es wirkt fürwahr kein gutes Licht auf all diejenigen, die da Gotteswort predigen: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Immer wieder erleben wir deutsche Katholiken es, wie während der Zeit unseres Gottesdienstes unsere Andacht durch unsere polnischen Glaubensgenossen gestört wird, was sich ganz besonders am verflossenen Feiertag, dem Feste Mariä Empfängnis, gezeigt hat. Zu wiederholten Malen mußte unser Geistlicher seine Predigt unterbrechen, um die Ruhestörer auf ihr ungebührliches Verhalten aufmerksam zu machen. Man hat es den in Frage kommenden Besuchern sehr wohl angemerkt, daß es sich hier um reine Provokation handelte. Schon früher mal hatte der Franziskanerpater, der seinerzeit als 2. Präbendar an die Kirche zur Mitpastorierung der deutschen Katholiken berufen war, gelegentlich eines solchen Vorfalles laut und deutlich verkündet: Wer das deutsche Wort Gottes nicht hören will — der möge diese Kirche meiden. Und was sagt dieser Herr wohl heute —?!

Bei etwas gutem Willen unserer polnischen Glaubensgenossen und dem Gedanken, daß man sich an gottgeweihter Stätte, in einem Gotteshause, befindet, würden solche Szenen sicherlich unterbleiben. Der Herr Kardinal hat ja nun einmal für uns deutsche Katholiken in seiner um das „Seelenheil der deutschen Katholiken so bekannten Herzensgüte“ angeordnet, daß deutscher Gottesdienst an Sonn- und Feiertagen von 9—¾11 Uhr vorm. und von 3—4 Uhr nachm. stattfindet. Während dieser Zeit soll die Kirche den deutschen Katholiken gehören. Und darum pochen wir auf das uns gegebene Recht und dürfen wohl erwarten, daß man uns dann auch diese Zeit zu frommer Erbauung ungestört beläßt.

Möge dieser Notschrei deutscher Katholiken nicht nur hier Gehör finden, sondern auch hinausdringen weit über die polnischen Grenzpfähle, auf daß er einen Widerhall finde in den Herzen all derer, denen der Sinn für Recht und Gerechtigkeit noch nicht verloren ist. Möge die ganze Welt vernehmen, welche Toleranz hier von polnischen Glaubensgenossen gegenüber deutschen Glaubensbrüdern geübt wird.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 10. Dezember.

Ungiltige Liquidation.

Es ist mehrfach vorgekommen, daß polnische Staatsangehörige deutscher Nationalität von dem Liquidationskomitee die Aufforderung erhalten haben, innerhalb 3 Monaten an einen, dem Liquidationskomitee genehmen Käufer zu verkaufen. Mehrere der Betroffenen haben sofort dem Liquidationskomitee berichtet, daß sie polnische Staatsangehörige seien, worauf die Aufforderung zum Verkauf zurückgezogen wurde. Es ist also allen polnischen Staatsangehörigen, die vom Liquidationskomitee die Aufforderung erhalten haben, innerhalb von 3 Monaten zu verkaufen, dringend zu empfehlen, sofort das Liquidationskomitee davon in Kenntnis zu setzen, daß sie polnische Staatsbürger sind, und dies durch nähere Angaben zu unterstützen.

Billigere Butter für Polen.

Der Finanzminister gibt bekannt: Wegen der hohen Butterpreise wird für die Zuführung von Auslandsbutter aus Dänemark gesorgt, um die Preisermäßigung der inländischen Butter herbeizuführen. Deshalb werden die bisher auf Butter und Käse aufgelegten Zölle bei der Einfuhr aus Dänemark abgeschafft. Außerdem hat das Finanzministerium entsprechende Bestellungen in Dänemark gemacht. Es sind Verhandlungen mit dem Verkehrsministerium im Gange, um die Transportkosten der eingeführten Butter möglichst zu ermäßigen. Das Finanzministerium gibt außerdem den interessierten Kaufleuten bekannt, daß sie genau wie die Regierung unmittelbar sich an die Butterproduzenten in Dänemark wenden können, um sich diesen notwendigen Artikel zuführen zu lassen. Dabei genießen sie dieselben Rechte wie die Regierungsbestellungen.

Mais für Brennereien.

In Anbetracht der großen Kartoffelnot, und um der Verwendung von Getreide zu Brennereizwecken vorzubeugen, hat die Regierung Gelder zur Beschaffung von Mais für Brennereien zur Verfügung gestellt. Mit Rücksicht auf die Volksernährung ist den Brennerei-Genossenschaften zu empfehlen, von diesem Angebot Gebrauch zu machen, da aus Mais gewöhnlich 17 v. H. Spiritus gewonnen werden und außerdem eine sehr gute Schlempe. In allen Maisfragen wolle man sich an die Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft in Posen, ul. Zwierzyniecka 13 (fr. Tiergartenstraße) wenden.

Krise in der Holzindustrie.

Aus Anlaß der Anwesenheit des Ministerpräsidenten Ponikowski in Bromberg empfing dieser u. a. eine Abordnung der Kaufleute und Industriellen der Holzbranche und nahm einen Vortrag über die Krise entgegen, die diese Industrie gegenwärtig durchmacht. Die allzu hohen Preise, die von den Holzgroßhändlern diktiert werden, zwingen, wie es in dem Vortrage hieß, die polnischen Fabrikanten, ihre Unternehmungen zu schließen, da sie nicht imstande sind, die Preise zu zahlen, für die die hiesigen Großhändler die Waren in Deutschland einkaufen. Allein in Bromberg wurden in der Holzindustrie unter normalen Verhältnissen 15 000 Arbeiter beschäftigt. Gegenwärtig waren die Fabriken infolge

---

russische Riese, der Flaubert mit der deutschen Literatur bekannt machte, denn er liebte die „Preußen“ nicht und war erstaunt, daß ihm seine deutsche Einquartierung nicht das Haus plünderte. Wahrhaft prophetisch ist er in seinen Briefen an George Sand: „Wenn wir Revanche an den Preußen nehmen, wird sie an Wildheit unerhört sein, und bedenken Sie, daß man nur diesen einen Gedanken haben wird, sich an Deutschland zu rächen! Die Regierung, wie sie auch immer sei, wird sich nur halten können, wenn sie mit dieser Leidenschaft rechnet. Der Mord im großen wird das Ziel aller unserer Anstrengungen sein, das Ideal Frankreichs.“ (Die Briefe erschienen deutsch bei Gustav Kiepenhauer, Potsdam.)

Er sieht in all dem nur einen Triumph der Dummheit, deren Bekämpfung er sein Leben opferte und gegen die er seinen unvollendeten Roman „Bouvard und Pacuchat“ zu schleudern gedachte. In dieser Geschichte zweier Nerven nimmt sein Menschenhaß so starke Formen an, daß der Zorn nicht über dem Werke liegt, sondern wie eine Romanfigur durch die Seiten geht. Für diesen Charakterzug hat Guy de Maupassant, der Sohn einer Jugendgeliebten Flauberts, eine vielleicht versöhnende Formel geprägt: „Es ist möglich, ja es ist wahrscheinlich, daß der erste epileptische Anfall dem feurigen Geiste Flauberts den Stempel der Melancholie und Furcht aufdrückte. Es ist wahrscheinlich, daß ihm davon in der Folge eine Art von Angst vor dem Leben blieb, eine düstere Anschauung der Dinge, ein Argwohn den Ereignissen gegenüber, ein Zweifel an dem klar ersichtlichen Glück. Doch für jeden, der den begeisterungsfähigen und kraftvollen Menschen gekannt hat, der in Flaubert steckte, für jeden, der ihn fortgesetzt hat leben, lachen, sich begeistern, empfinden und vibrieren sehen, ist es außer Zweifel, daß die Furcht vor den Anfällen, die übrigens im reifen Alter geschwunden waren und sich erst in den letzten Lebensjahren wieder zeigten, seine Lebens- und Empfindungsweise und seine Gewohnheiten in merklichem Maße beeinflussen mußte.“

Ein Besuch im roten Petrograd.

Von Adolf Ludwig.

(Schluß.)

Die Arbeiter in Petersburg machen keinen schlechten Eindruck. Sie sind in Kleidung, Aussehen und Reinlichkeit nicht schlechter als sie im Petersburger Hafen vor dem Kriege auch waren. Sie sehen auch nicht gerade unterernährt aus, haben aber alle Hunger und sind für ein Stück gutes Brot odar gar ein Stück Speck, Fleisch oder Wurst riesig dankbar. Vom Kommunismus wollen sie alle nichts wissen, aber ebensowenig von einem Sturz desselben oder von politischen Kämpfen überhaupt. Sie wollen ihre Ruhe haben, Arbeit und Brot.

Gearbeitet wird ganz ordentlich, doch leidet die Arbeitsleistung unter einem Mangel an Einteilung durch sachverständige Aufseher und Vorarbeiter. Zwar fehlt es keineswegs an Aufsicht; im Gegenteil, sie ist im Überfluß vorhanden. Am Fallreep jedes Schiffes ein Militärposten, auf dem Schiff Tag und Nacht ein Kontrolleur, Oberkontrolleure gehen ab und zu. Auch bei jedem Arbeitsgang steht ein Kontrolleur, der die Arbeiter überwacht und die gelöschte Ladung bucht. Aber die Eignung zum Kontrolleur wird eben nur durch parteipolitische Zuverlässigkeit erworben. Von der Arbeit versteht der Kontrolleur nichts, und er ist nicht imstande, die Arbeiter anzustellen.

Die Arbeitszeit dauert 10 Stunden und mehr. Auch Frauen werden zu schweren Arbeiten, z. B. Säcke tragen, herangezogen.

Neben den freien Arbeitern sieht man vereinzelte Arbeitstrupps aus einem Konzentrationslager, also offenbar Leute, die für irgendwelche politische Vergehen inhaftiert sind und nun zur Arbeit eingesetzt werden, wo nicht genügend freie Arbeiter zur Verfügung stehen. Diese Leute machen einen sehr schlechten Eindruck. In Kleidung und Schuhwerk vollkommen abgerissen und in sehr schlechtem Ernährungszustand, benutzen sie jede Gelegenheit, um sich ein Stückchen Brot oder sonst etwas Eßbares zu erbetteln.

Daß das Verhältnis zwischen Arbeitgeber, also hier dem Staat, und Arbeitnehmer im kommunistischen Paradies keineswegs ein wesentlich anderes ist, als in den kapitalistischen Staaten, kann man daraus ersehen, daß Petersburg in diesem Sommer schwere Streiks erlebt hat, bei denen die Arbeiter größtenteils ihre Forderungen durchgesetzt haben.

Den ziemlich weiten Weg vom Hafen nach der Stadt legt man am besten mit der elektrischen Bahn zurück, deren Benutzung bis zum 1. August für jedermann kostenlos war. Der Andrang ist in den Hauptverkehrszeiten sehr groß, aber es wird gut auf Ordnung gehalten. An den Haltestellen bilden die Wartenden ordnungsmäßig Reihe, und so kommt man ohne Schwierigkeiten mit. Bei jedem Wagen befindet sich außer dem Führer und Wagenbegleiter, der oft eine Begleiterin ist, ein Soldat mit aufgepflanztem Seitengewehr, ein Beweis dafür, wie der Militarismus in dem angeblich freien Rätestaat blüht.

Vom Straßenbild Petersburgs ist außerordentlich schwer ein zutreffendes Bild zu geben. Soviel ich darüber schon gelesen habe, keine Schilderung deckt sich mit der Wirklichkeit. Daß es nach 7 Jahren Krieg, Revolution und dem gescheiterten Versuch, kommunistische Utopien in die rauhe Wirklichkeit zu übersetzen, nicht normal aussieht, ist klar. Meist werden aber nun in dem Bestreben, recht eindrucksvoll zu schildern, nur Schauergeschichten zusammengetragen und das objektive Bild wird getrübt.

Wenn ich einen Gesamteindruck geben soll, so möchte ich das Aussehen der ganzen Stadt am ersten mit einer der Städte im Kriegsgebiet vergleichen. So ähnlich sah es in Lille, Cambrai, St. Quentin und Laon aus, als diese Städte bereits in der Gefahrzone lagen, als bereits der wohlhabendere Teil der Bewohner geflohen war, aber das feindliche Feuer mit seinen Zerstörungen die Stadt noch nicht erreicht hatte. Die Schilderungen, wonach ganze Gebäudereihen in Trümmern liegen, der Schmutz und Unrat sich in den verödeten Straßen staut, das Holzpflaster allenthalben aufgerissen und verheizt sein soll, sind weit übertrieben. Freilich, wer das schöne alte Petersburg mit seinen prunkvollen Läden, seinen eleganten Hotels und Restaurants, dem eleganten Straßenpublikum und dem ungeheuren Warenverkehr kannte und liebte, der wird nur mit Trauer durch die Straßen des heutigen Petrograd gehen. Das Straßenpublikum ähnelt äußerlich dem Publikum der ärmeren Vorstädte einer westlichen Großstadt. Immerhin sind beträchtliche Unterschiede festzustellen, und man sieht, besonders bei der Weiblichkeit, auf den ersten Blick, wer es verstanden hat, das Mäntelchen nach dem Wind zu hängen und seine Beziehungen zum neuen Regime nutzbringend zu gestalten. Daneben Leute, denen man die bittere Not auf den ersten Blick ansieht. Alte Offiziere in den Resten ihrer einstmals prunkenden Uniform mit zerrissenen Stiefeln, die große Dame von einst, die aus den Resten ihrer Courrobe mühsam ein Kleid zusammengestoppelt hat, dessen schwerer Seidenstoff, heute zerrissen und befleckt, noch von ehemaligem Glanz erzählt. Aber das sind doch die Ausnahmen. Sehr viel Frauen und Mädchen gehen ohne Strümpfe, was um so mehr auffällt, als die Mode auch vor dieser Stätte der Not nicht Halt gemacht hat und die Kleider hier ebenso kurz sind als in Westeuropa. Wahrscheinlich trägt die Männerwelt auch keine Strümpfe, aber man siehts wenigstens nicht.

Die Ordnung auf den Straßen ist durchaus anerkennenswert. Auch die Reinlichkeit läßt nicht allzuviel zu wünschen übrig. Die Straßen sind gefegt und ganz sauber; nur mit dem Abfahren des Straßenkehrichts kommt man offenbar nicht ganz nach, und so findet man ganze Straßenzeilen, die an den Seiten lieblich mit Haufen sauber zusammengefegten Straßenkehrichts garniert sind. Die eleganten Kais an der Newa, vom Winterpalais bis zur Nikolaibrücke, sind ein einziger großer Stapelplatz für Brennholz, das trotzdem für den Winterbedarf der Stadt nicht im entferntesten ausreicht.

Der Fußgängerverkehr ist sehr lebhaft. Droschken, die sich vor dem Kriege in den Hauptstraßen in ununterbrochener Reihe folgten, sieht man nur wenig. Der typische russische Privatkutscher mit seinen prachtvollen Trabern ist aus dem Straßenbilde gänzlich verschwunden. Autos gibt es reichlich viel, aber sie sind nicht für gewöhnliche Sterbliche, sondern nur für die Kommissare und deren Anhang da.

All die schönen großen Geschäfte, Kaffees, Restaurants und Hotels sind geschlossen oder doch ihrer früheren Bestimmung entzogen. Die Läden sind leer, die Schaufenster vielfach durch kreuzweis vorgenagelte Bretter geschützt. Nachdem nunmehr der freie Handel wieder gestattet ist, werden auch wieder Läden eröffnet. Aber die neuen Läden befinden sich meist in Seitenstraßen, abseits vom Hauptverkehr. Noch sind es eben nur Verkaufsstellen für die durch irgend einen Zufall da oder dort noch vorhandenen Vorräte. Dekoration und Aufmachung, die den Laden auch zu einem Schmuck des Straßenbildes macht, fehlt noch gänzlich.

Auch der Straßenhandel lebt langsam wieder auf. Die Verkäufer von Sonnenblumenkernen, die man früher in ganz Rußland an jeder Straßenecke fand, sind verschwunden. Dagegen sieht man vielfach Stiefelwichser; auch werden Schnürsenkel, Gummiabsätze, etwas Obst und kuchenartiges Weißbrot und viel Zigaretten auf den Straßen feilgeboten.

Der Hauptumsatz spielt sich auf den Märkten ab. Eine ungeheure Menschenmenge drängt sich dort von den frühen Morgenstunden ab und man kann eigentlich alles kaufen. Von der Klubgarnitur und dem Klavier bis zum Hosenträger und zu Lebensmitteln aller Art wird hier alles gehandelt. Aber was verkauft wird, sind keine Erzeugnisse einer Produktion. Es sind die Reste, oft die letzten, eines Besitzes aus besseren Zeiten, die veräußert werden, um bei den geringen Barlöhnen das notwendigste Geld für Lebensmittel und unentbehrliche Bedarfsartikel aufzubringen.

der obenerwähnten Tatsachen gezwungen, etwa 10000 Arbeiter zu entlassen. Erfahren die Verhältnisse im Holzhandel und der Holzindustrie keine Besserung, so muß in dieser Industrie ein vollständiger Stillstand eintreten, und in diesem Falle werden 50 v. H. sämtlicher Arbeiter Brombergs brotlos. — Der Ministerpräsident versprach, sich dieser Angelegenheit besonders anzunehmen.

Aufführung des Krippenspiels.

Das Krippenspiel, das schon im vorigen Jahre eine andächtige Gemeinde von Großen und Kleinen in Weihnachtsstimmung versammelte, wird in diesem Jahre am Mittwoch, dem 14. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses wieder aufgeführt werden.

Die starke Wirkung, die von der schlichten, volkstümlich eingedeutschten Darstellung der Weihnachtsgeschichte, die wir Krippenspiel nennen, auch auf den modernen Zuschauer ausgeht, zeigt, daß in solchen alten Volksstücken unvergängliche Kulturwerte liegen, und beweisen uns andererseits erfreulicherweise, daß auch im heutigen Deutschtum der Zusammenhang mit dem Volksgut vergangener Tage und anderer Zeitanschauungen gewahrt ist. Für unser Empfinden gehören zur Darstellung der Geschehnisse der Weihnachtsnacht untrennbar die altvertrauten Weihnachtslieder. In unserm Krippenspiel sind sie sehr glücklich mit Wort und Bild verflochten, so daß die Aufführung aufs beste in der Lage ist, Weihnachtsgeist und Weihnachtsfreude verbreiten zu helfen. Allen denen, die vom vorigen Jahr das Spiel in dankbarer Erinnerung haben, wird mit der diesjährigen Aufführung eine neue Freude gemacht werden, und alle, die es noch nicht gesehen haben, werden die Gelegenheit dazu begrüßen. So wird das Krippenspiel hoffentlich in jedem Jahr zur Wahrung deutscher Überlieferung unter uns Deutschen in Polen aufgeführt werden. Die Darstellung ist auch diesmal wieder den Schülern und Schülerinnen der Mittelschule unter der bewährten Leitung von Frl. Schultheiß übertragen worden. Der Frauenbund, von dem die Anregung ausgegangen ist, möchte gern allen Kindern der Stadt Posen Gelegenheit geben, das Krippenspiel mitzufeiern. Der Eintrittspreis, der mit 100 M. vielen vielleicht zu hoch erscheint, ist deshalb so bemessen worden, daß die Kosten für eine zweite unentgeltliche Vorstellung für Kinder unbemittelter Eltern damit gedeckt sind. Um des guten Zweckes willen werden daher gewiß alle Eltern, die ihren Kindern diese Weihnachtsfreude gestatten können, gern den etwas höheren Preis zahlen. Hoffentlich benutzen auch zahlreiche Besucher von außerhalb, die in dieser Zeit gewöhnlich einmal zu Besorgungen nach Posen kommen, die Gelegenheit, einer so wertvollen Aufführung in Posen beizuwohnen, denn die Zeit von 5 bis etwa ½7 Uhr ist für die Abfahrt fast aller Züge günstig gewählt. Eintrittskarten sind in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung erhältlich.

× **Butterpreis.** In der Woche vom 5. bis 10. d. Mts. kostete Butter im Großhandel 830—850 M. das Pfund.

Deutscher Theaterverein. Wie bereits angekündigt, findet am Dienstag, dem 13. d. Mts., abends 8 Uhr, im Zoologischen Garten die erste Aufführung der „Dollarprinzessin“ statt. Da für die Vorstellung die Eintrittskarten bereits zum größten Teil vergriffen sind (es sind nur noch einige Karten zu 100 M. und 200 M. in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung zu haben), hat sich die Leitung entschlossen, am Freitag, dem 16. d. Mts., eine Wiederholung der Operette stattfinden zu lassen. Karten zu dieser zweiten Vorstellung sind in den nächsten Tagen in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung käuflich.

× **Eine jugendliche fünfköpfige Einbrecherbande** wurde gestern im Stadtteile Jersitz festgenommen. Sie steht im Verdachte, eine große Anzahl von Einbruchsdiebstählen, die in letzter Zeit in diesem Stadtteile verübt wurden, u. a. den gestern gemeldeten Juwelendiebstahl im Hause ul. Szamarzewskiego 15 (fr. Kaiser Wilhelmstraße) begangen zu haben. Einer der Verdächtigen ist ein gewisser Stege, Sohn der Bierverlegerswitwe St., die zurzeit wegen Totschlags eines Schülers eine mehrjährige Gefängnisstrafe verbüßt. Stege setzte seiner Festnahme durch einen Schutzmann heftigen Widerstand entgegen und versuchte ihn mit einem Messer abzuwehren. Er wurde schließlich gefesselt abgeführt.

---

* **Zempelburg**, 7. Dezember. Ein furchtbares Unglück ereignete sich in unserem Nachbardorfe Petznik. Zwei blühende Menschenleben fielen ihm zum Opfer. Die beiden im besten Jünglingsalter stehenden Söhne des Besitzers Fethke waren kürzlich beim Dreschen beschäftigt. Wahrscheinlich war nun das Brennöl des Dreschmotors aus seinem Behälter bei der Kälte durch irgendein Hindernis nicht herauszubekommen, und die beiden Söhne gingen mit der Benzolflasche an den Herd in die Küche. Kurz darauf explodierte die Flasche und richtete in dem Raum eine furchtbare Verwüstung an. Der jüngere der beiden Söhne, der eben erst das Bromberger Gymnasium verlassen hatte, ist seinen schrecklichen Brandwunden und Verletzungen kurz darauf erlegen, während der ältere noch lebt, aber hoffnungslos daniederliegt.

* **Krotoschin**, 9. Dezember. Im Fürstl. Thurn u. Taxisschen Dienst des Fürstentums Krotoschin sind ernannt worden: Forstrat Heldenstein zum Oberforstrat, Baumeister Hipper zum Bauinspektor, Kontrolleur Doll zum Kassierer, Revierförster Werk zum Forstverwalter, Revierförster Riedel zum Forstverwalter, Forstgehilfe Langer zum Förster.

Aus Ostdeutschland.

* **Unruhstadt**, 6. Dezember. Der 79jährige Rentner Tismer glitt abends auf einem Spaziergange aus und fiel in eine an der Straße gelegene, tiefe Lehmgrube und ertrank.

* **Königsberg i. Pr.**, 4. Dezember. In der Nähe des Gutshofes Karschau bei Königsberg explodierte auf der Zerlegestelle der Gesellschaft zur Verwertung von Heeresgut ein Haufen Munition. Nach den bisherigen Feststellungen sind drei Arbeiter tot. Die Ursache der Explosion beruht, wie der „K. H. Ztg.“ gemeldet wird, darin, daß zwei Arbeiter, die mit dem Einlagern von Sprengkapseln beschäftigt waren, vor dem Magazin auf dem hartgefrorenen Boden offenbar ausgeglitten sind, so daß die von ihnen getragene Kiste zu Boden fiel, explodierte und die beiden Arbeiter, sowie einen in der Nähe befindlichen dritten in Stücke riß.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

J. L. 100. Aus Ihrer Anfrage geht nicht hervor, ob Sie im ehem. preußischen Teilgebiet geboren sind. Ist das der Fall, dann sind Sie polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität. Nähere Einzelheiten ersehen Sie aus dem heutigen Artikel „Zur Optionsfrage“.

B. B. 100. 1. Sie haben die 50prozentige Abgabe auch von Ihrem Mobiliarerlös zu leisten. Zu empfehlen ist der Verkauf des Mobiliars keinesfalls, da es schwer fällt, dieses Mobiliar wieder zu beschaffen. 2. Eine derartige Aussicht besteht zurzeit nicht. 3. Das ist, da Sie Ihre Ansiedlung bereits 1908 erworben haben, zweifellos. 4. Ihr Auslandspaß gilt auf ein halbes Jahr; Sie haben in dieser Zeit nur bei jeder Ausreise das Visum der polnischen, wie der deutschen Paßstelle nachzusuchen, das ohne weiteres erteilt wird. Ihre Frau kann auf Ihren Paß nicht ausreisen, sondern muß sich einen eigenen Paß beschaffen. 5. Ihre 2 bis 11 Jahre alten Kinder bedürfen eines Passes nicht.

H. H. in P. Wenden Sie sich an den Minister des Innern.

B. B. N. Die Hinterlegung von 50 v. H. des Barvermögens wird auch in Ihrem Falle gefordert.

J. O. 100. Ihre Option ist, da sie unter dem militärischen Einziehungszwange erfolgt ist, rechtsungültig.

E. Nr. 1894. Da Sie erst am 1. Oktober 1912 dauernd Ihren Wohnsitz in der ehemaligen Provinz Posen genommen haben, sind Sie Reichsdeutscher, haben mithin überhaupt nicht das Optionsrecht. Einer besonderen Bescheinigung durch den Starosten bedarf es in diesem Falle nicht; sie würde Ihnen aber auch wohl kaum gegeben werden.

A. S. M. 21. Sie sind Reichsdeutscher, ebenso Ihre Ehefrau, da nach dem Friedensvertrage von Versailles eine etwaige Option des Mannes auch die der Ehefrau und Kinder unter 18 Jahren bedeutet.

P. B. in K. 1. Da Sie das Grundstück erst 1919 von Ihrer Mutter übernommen, mithin auch dann erst die Auflassung bekommen haben, besteht die Gefahr der Liquidierung. 2. Nach den bisher bekannt gewordenen Äußerungen der deutschen maßgeblichen Stellen würden Sie auch trotz der Option nach dem 10. Januar 1922 in Deutschland aufgenommen werden. Die Vermögensabgabe gilt auch dann.

Sekr. T. in Fr. Deutsch-polnische Kinozeitungen und ebensolche über Häusermarkt sind uns nicht bekannt.

B. 35. 1. Da Sie in der Provinz Posen geboren sind, sind Sie polnischer Staatsbürger geworden. 2. Andernfalls würde Ihr Grundstück liquidierbar sein. 3. Ja.

H. H. S. Sie haben die 50prozentige Vermögensabgabe zu zahlen.





Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Börsenwochenbericht

der Danziger Privat-Aktien-Bank, Filiale Posen.

Obwohl die deutsch-englischen Verhandlungen in London noch kein endgültiges Ergebnis gezeitigt haben, ist der Kurs der deutschen Mark im Laufe der Betriebswoche beträchtlich gestiegen, was einen starken Rückgang des Dollarkurses und dementsprechend der polnischen Mark zur Folge hatte. Trotz der nicht zu verkennenden Eigenbewegung der polnischen Mark ist die Abhängigkeit vom Dollarkurs leider doch noch zu groß, als daß sie siegreich dagegen ansteuern könnte. So verzeichnete sie im Laufe der Woche einen Rückgang von 6,50 auf 5,875 für Noten Berlin, während der Dollar von 232 auf 186,60 zurückging. Die übrigen Devisenkurse verzeichneten eine ähnliche Kursbewegung. So gingen holländische Gulden von 7240 auf 6680 und englische Pfund von 955 auf 770 zurück. Ob diese Kursbewegung sich weiter fortsetzen wird, hängt von der Entwicklung obengenannter Handlungen ab. Ebenso bleibt abzuwarten, welche wirtschaftlichen Folgen das abermalige Sinken der Polenmark für Polen haben wird. Es ist zu befürchten, daß ein abermaliges Anziehen der Preise erfolgen wird, was auf einzelnen Gebieten bereits eingetreten ist. Die von einzelnen Gewerbszweigen beschlossene, aber wie wir hören, nur zum Teil durchgeführte, Herabsetzung der Löhne und Gehälter verlieren dann ihre Existenzberechtigung, wenn sie sie überhaupt gehabt haben.

Die Posener Effektenbörse verharrte in der Stimmung der Vorwochen. Die Umsätze blieben gering, und Kursrückgänge sind immer noch zu verzeichnen, obwohl es kaum mehr möglich schien. So ist es dazu gekommen, daß ein beträchtlicher Teil der gehandelten Papiere den Emissionskurs wieder erreicht hat, sogar noch weiter zurückgegangen ist. Diese andauernd flaue Stimmung hat ferner ein interessantes Ergebnis auf börsentechnischem Gebiet gezeitigt, da zurzeit das Bezugsrecht für junge Wagon Ostrowo-Aktien mit minus notiert werden müßte, da der Kurs der alten Aktien niedriger ist, als der Emissionskurs der jungen Aktien. Es müßte also ein Aktionär, der sein Bezugsrecht verkaufen will, dem Käufer die Differenz zuzahlen.

Der Bankaktienmarkt blieb unverändert. Von offiziell notierten Industriepapieren verzeichneten Barcikowski-Aktien nach einem Dividendenabschlag von 30 Prozent einen Kurs von 155. Cegielski-Aktien gaben bis 190 nach. Centrala Skór-Aktien notierten 320, Centrala Rolnikow-Aktien 1.—4. Em. gingen von 150 auf 130 zurück. Carl Hartwig-Aktien 4. Emission notierten zuletzt 350. Nach Abschlag der 30prozentigen Dividende ist eine Notiz noch nicht erfolgt. Hurtownia Związkowa-Aktien zogen von 140 auf 145 an. Ebenfalls erhöhten Luban-Aktien ihren Kurs auf 600. Dr. Roman May-Aktien 1.—3. Emission notierten einmalig 450, 4. Emission setzte mit 390 ein, zog auf 400 an, um wieder auf 390 zurückzugehen. Patria-Zigaretten-Aktien gingen auf 330 zurück. Spółka Drzewna-Aktien setzten mit 1167 ein und gaben auf 1100 nach. Wytwornia Chemiczna-Aktien 1. bis 2. Em. wurden bei 190 umgesetzt, 3. Emission gelangte noch nicht zur Notiz.

Von inoffiziellen Papieren wurden Bank Poznański-Aktien bei 120, Bank Przemysłowców-Aktien bei 210—205, Bank Centralny-Aktien bei 300 gehandelt. Iri-Aktien wurden mit 125 umgesetzt. Wisła-Aktien notierten einmalig 750 Geld. Arcona-Aktien zogen von 350 auf 360 an. Herzfeld u. Victorius-Aktien gingen von 275 auf 260 zurück. Bentzki-Maschinen-Aktien behaupteten ihren Kurs von 510. Orient-Aktien notierten einmalig 165, desgleichen Sarmatia-Aktien 325. Tkanina-Aktien wurden mit 420 gehandelt. Hartwig Kantorowicz-Aktien gingen von 540 auf 535 zurück. Papiernia-Aktien notierten einmalig 200.

Die gefährdete Tabakindustrie.

Die letzte Verordnung des Ministerrates, wonach alle Produkte der Tabakindustrie besonders in unserem Teilgebiet um 70 Prozent erhöht werden, rief eine berechtigte Erregung unter den gestern im Saale des Zoologischen Gartens versammelten Vertretern der Fabrikanten, der Arbeiter und Kaufleute der Tabaksbranche hervor. Gleich am Eingange bemerkte der Redner, daß diese Angelegenheit, die rein wirtschaftlicher Natur ist, mit keiner der politischen Parteien etwas gemein hat; in diesem Sinne wurden auch die Beratungen geführt.

Der Ministerrat gab diese Verordnung auf den Antrag des örtlichen Finanzchefs heraus, der gegen den betreffenden Sejmbeschluß seinen Antrag der Handelskammer nicht zur Prüfung übergab, sondern ihn dem Ministerrate aushändigte. Daher haben die Vertreter der kaufmännischen, der Arbeiter- und Industriekreise eine gründliche Revision dieser Verordnung verlangt und einmütig folgende Entschließung gefaßt:

„Da die Verordnung des Ministerrates vom 14. Oktober 1921 für das großpolnische und pommerellische Teilgebiet höhere Akzisen von Tabakfabrikaten als in Kongreßpolen zum Schaden der Industrie, des Handels und der Arbeit der Posener und Pommereller Wojewodschaft festsetzt, wo die Tabakindustrie eine große Entwicklung erfahren hat, protestiert die Versammlung gegen die Benachteiligung dieses Teilgebietes im Angesicht der beschlossenen Unifizierung. Die Versammlung lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung und des Sejms darauf, daß die Politik der Regierung, die in anderen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens mit den schädlichen Statismen und Monopolen gebrochen hat, sich auf dem Wege des Monopolbureaukratismus befindet, dessen Ziel es ist, durch systematisches Vorgehen diese Industrie zu vernichten, die Kaufleute zu ruinieren, den Arbeitern die Arbeit zu nehmen, um dem amtlichen Ausbeutungsmonopol den Weg zu bahnen. Deswegen fordert die Versammlung: 1. die endgültige Entscheidung der Monopolangelegenheit, um das Los vieler Familien zu klären, 2. Aufhebung der Verordnung des Ministerrates vom 14. Oktober d. J. bis zu dieser Entscheidung, 3. sofortige Festlegung einer höheren Akzise, wie sie in Kongreßpolen besteht, zum Schutze der Interessen des Finanzamts. Von dieser Akzise sind die Verwaltungskosten des Monopols abzurechnen, da bei uns die Funktionen der Monopolbeamten von den Kaufleuten selbst ausgeübt werden."

Dieser Entschließung fügen die Arbeiter der Tabakbranche einen Zusatzentschluß bei, in dem sie sich mit der Entschließung solidarisch erklären und den freien Handel in ganz Polen fordern.

Aus Ostsibirien und der Mandschurei.

Für die Einreise ist ein russisches Visum erforderlich, am besten wohl von den Bolschewisten und der früheren russischen Regierung, die in Berlin (In den Zelten 16) noch eine Stätte hat als „Russische Delegation für Kriegsgefangene und Flüchtlinge Rußlands"; es erscheint aber mehr als fraglich, ob beide Behörden den gleichen Paß mit ihrem Visum versehen werden.

Sowohl die Einreise von Privatpersonen wie auch die Einfuhr von Waren ist an sich sehr gut möglich, nach Wladiwostok über den Hafen, und nach Charbin über Mukden (aus Peking, Dairen oder Seoul). Die Erlaubnis kann man nur dort am Platze erhalten. Die Einfuhr von deutschen Waren über Japan ist aber sehr schwierig, da sie eine starke Konkurrenz zu den japanischen bilden. Erhebliche Schwierigkeit für eine Einfuhr in größerem Umfange liegt außerdem in der Ungewißheit, wie sich die Verhältnisse an Ort und Stelle gestaltet haben werden, wenn die jetzt abgesandten Waren dort eintreffen. Nach der Mandschurei erscheint die Einfuhr gesicherter, doch besteht dort bereits eine große Konkurrenz, besonders durch neuerstandene Unternehmen. Alle Nachrichten über deutsche Waren in der Mandschurei lauteten sehr tröstlich: Sie sind außer Konkurrenz gegenüber den japanischen und billiger als die amerikanischen. — Auf alle Fälle steht Charbin vollkommen offen und gefahrlos betreffs Handelsoperationen da. Hinter die Mandschurei, nach Tschita und weiter nach Westen hin ließen die Bolschewisten allerdings weder Warentransporte noch Passagiere durch, außer solchen, die an die Adresse des Kommissariats befördert wurden.

In der „Republik des Fernen Ostens" ist nach amtlichen Quellen die (ziemlich stabile) Regierung in Tschita sichtlich bemüht, mit dem Ausland Handelsbeziehungen anzubahnen, das Privateigentum unangetastet, der Außenhandel nicht monopolisiert, lediglich einer Regelung unterworfen; für Ausländer ganz frei und die Regierung soll deutschen Interessenten keine Einfuhrschwierigkeiten bereiten.

Zolltarif. Soweit bekannt, werden für die Mandschurei die chinesischen Zölle, in Sibirien Zölle nach dem vor dem Kriege bestehenden russischen Tarif erhoben. Änderungen haben die Zölle in der letzten Zeit nicht erfahren, doch werden die Abgaben in Gold verlangt.

Währung. Im ganzen Fernen Osten ist die Gold- und Silberwährung eingeführt. Japan kämpft mit der Silberwährung und verfolgt die in derselben getätigten Geschäftsabschlüsse. Aus diesem Grunde richten die chinesischen Kaufleute ihre Seetransporte nach der Nordmandschurei nicht über Dairen, sondern über Wladiwostok. In der „Republik des Fernen Ostens" gilt als Währungseinheit der Zarenrubel. Ausländisches Papiergeld wird nach dem Tageskurse des Goldrubels angenommen. Der Valutahandel ist dort gesetzlich gestattet.

Handelsnachrichten aus Polen.

= **Die Auslandsschulden der polnischen Industrie.** Die Handelskammer in Lille hat von dem Verband der Textilindustriellen in Polen ein Schreiben erhalten, das die Antwort auf die von den französischen Gläubigern geforderte Schuldbegleichung enthält. Die polnischen Industriellen berufen sich darauf, daß die polnische Textilindustrie infolge der Requisitionen der deutschen Okkupationsbehörden empfindliche Verluste erlitten und bis zum jetzigen Augenblick von Deutschland für die beschlagnahmten Gegenstände noch keine Entschädigung erhalten habe. Angesichts dessen schlagen die polnischen Industriellen den französischen Gläubigern vor, sie möchten sich in dieser Angelegenheit an die zuständigen Regierungen wenden. Die Industriellen von Roubaix und Tarcoing antworteten gemeinsam, daß sie ihre Forderungen keinesfalls von der Art und dem Umfange der Entschädigungen für die Requisitionen abhängig machen können. Die französischen Industriellen haben ihre Ware den polnischen Kaufleuten geliefert, können infolgedessen ihre Beträge nur von diesen einfordern. Die Handelskammer in Lille hat sich an die französische Regierung mit der Bitte gewandt, einen energischen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben, damit diese ihren Verpflichtungen Polen gegenüber nachkomme. Auch die Handelskammer in Verviers und Bradford haben sich diesem Schritt angeschlossen.

= **Überfremdung der polnischen Industrie mit ausländischem Kapital.** In dem Hauptindustriezweig Polens, der Erdölindustrie, ist heute Polen nur noch mit 17 bis 18 Prozent beteiligt, während den größten Anteil das französische Kapital mit ca. 54 Prozent hat. Es ist bekannt, daß Frankreich bei dem sich bereits seit Monaten hinziehenden Handelsabkommen noch weitere Einflüsse verlangt. Im Dąbrowoer Kohlengebiet besitzt Frankreich bereits mehrere Gruben. In der Lodzer Industrie hat das ausländische Kapital, vornehmlich französisches, englisches und belgisches, bereits einen nennenswerten Anteil. Das französische Kapital ist aber auch hier überwiegend. Anfang des Monats fand in Lodz eine Besichtigung großer Industrieanlagen von amerikanischen Kapitalisten unter Führung der amerkanisch-polnischen Handelskammer in Neuyork statt, um die Möglichkeit, amerikanisches Kapital in diesem Industriezweig festzulegen, zu sondieren. Zurzeit verhandelt die Standard-Oil-Company mit der polnischen Regierung über die Ausbeutung aller noch nicht erschlossenen Erdölvorkommen in Polen. Als Gegenleistung wird die Gestellung von so vielen Waggons angeboten, wie zum Transport polnischen Petroleums notwendig sind, auch soll eine ansehnliche Dollaranleihe vermittelt werden. Bei der gegenwärtigen Finanzlage Polens liegt die Gefahr sehr nahe, daß in kurzer Zeit der Einfluß des polnischen Kapitals in seiner Hauptindustrie nur noch gering sein wird.

= **Schließung amerikanischer Banken in Warschau.** Eine Reihe amerikanischer Banken hatte in Warschau eigenmächtig Filialen eröffnet, die jedoch auf Veranlassung der zuständigen Stellen ohne Rücksicht auf einen von diplomatischer amerikanischer Seite eingelegten Protest geschlossen worden sind. Die polnische Regierung steht, wie Warschauer Blätter berichten, in dieser Frage auf dem Standpunkt der Gegenseitigkeit. Die Frage der Zulassung amerikanischer Banken in Polen ist nämlich noch nicht endgültig geregelt, weil auch in Amerika eine Zulassung polnischer Banken noch nicht gestattet ist.

Die größte polnische Maschinenfabrik. Polen hat nach dem Kriege, wie alle Länder Osteuropas, einen riesigen Bedarf an Maschinen jeder Art, der noch gesteigert wird durch die Gegensätze mit Deutschland, durch die der Bezug deutscher Maschinen lange erschwert gewesen ist. Diese Verhältnisse begünstigten die Entstehung von Maschinenfabriken in Polen, und es sind daher dort zahlreiche neue Maschinenfabriken in den letzten zwei Jahren gegründet worden, außerdem die alten durchweg erheblich vergrößert. Bemerkenswert ist besonders die Entwicklung der Posener Aktien-Gesellschaft H. Cegielski, die auch vor dem Kriege schon recht ansehnlich war, heute aber wohl die größte Maschinenfabrik in Polen ist. Sie hat nach der Abtretung noch eine größere deutsche Maschinenfabrik in Posen übernommen. Die Firma H. Cegielski stellte früher in der Hauptsache landwirtschaftliche Maschinen her, wozu neuerdings auch der Bau von Maschinen aller Art, Lokomotiven, Kessel und Eisenbahnwagen hinzugekommen ist. Nachdem das Kapital der Gesellschaft schon bis auf 125 Millionen Mark gestiegen war, hat sie es jetzt auf 260 Millionen Mark erhöht. Die Fabrik steht der polnischen Genossenschaftsbank Zwiazku Społek Zarobkowych nahe.

= **Plan einer Warschauer Holzbörse.** Man hat wiederholt in den letzten Jahren von Plänen gesprochen, die darauf abzielen, Warschau zu einem der wichtigsten Holzhandelsplätze des Ostens zu machen. Das polnische Holz ging früher hauptsächlich nach Thorn und Bromberg, ferner nach Danzig. Und zwar nahm den Weg hierher sowohl das Holz aus Galizien, das die obere Weichsel herabkam, wie auch das Holz vom Bug und Narew. Man hat schon in der russischen Zeit Pläne erörtert, die darauf abzielten, statt Thorn und Bromberg einen Platz in Polen zum Holzhafen auszubauen, um den Holzhandel dorthin zu ziehen. Jetzt ist anscheinend Warschau derjenige Platz, an dem man einen solchen Versuch machen will. Man erörterte zu diesem Zweck noch während des Krieges den Gedanken, einen Kanal von Narew nach Warschau zu leiten. Voraussetzung wäre natürlich auch die Anlage eines großen Holzhafens in Warschau. Die Verwirklichung aller solcher Pläne würde außer großen Geldmitteln auch viel Zeit erfordern. Deshalb will man jetzt zunächst in Warschau eine Holzbörse einrichten, um Warschau zum Mittelpunkt des polnischen Holzhandels zu machen. Die Pläne für eine solche Holzbörse wurden neuerdings recht viel erörtert, und es haben auch Besprechungen bei den Regierungsstellen stattgefunden, die ein günstiges Ergebnis hatten. Die Eröffnung der Holzbörse soll daher nahe bevorstehen.

= **Zur Krise in der Lodzer Industrie.** Am 22. November fand im Sejm eine Beratung statt, an der der Ministerpräsident, der Arbeitsminister, der Finanzminister und der Minister für Handel und Industrie, sowie Delegierte des polnischen Berufsverbandes teilnahmen. Es wurde beschlossen, der Lodzer Industrie einen Kredit von 3½ Milliarden zur Verfügung zu stellen. Es beläuft sich somit der bisher diesem Industriezweig von der Regierung zur Verfügung gestellte Kredit auf 20 Milliarden. Außerdem ist der Transport oberschlesischer Kohle von der 20prozentigen Steuer befreit worden. Es wurde auch zugesagt, daß die Ausfuhrzölle in Kürze herabgesetzt werden. Ferner werden auch Mittel und Wege für eine ausgiebigere Hilfe erwogen. Den größten Kreditbedarf haben die Lodzer Firmen J. K. Poznański und Scheibler & Grohmann angemeldet. („Lodz. Fr. Pr.")

Handelsnachrichten aus dem Ausland.

= **Aufnahme des Paketverkehrs zwischen Deutschland und Rußland.** Die sowjetrussische Gesandtschaft in Berlin gibt bekannt, daß zwischen Deutschland und Rußland der Paketverkehr aufgenommen worden ist. Befördert werden: Lebensmittel, Papiere, Photographien, Stoffe und Kleidungsstücke, Medikamente, kosmetische Artikel. Die Pakete werden von der deutsch-russischen Transportgesellschaft in Hamburg-Mönckeberg, Kaischuppen 77 G aus weitergeleitet, und müssen bei einem Gewicht bis 5 Kilogramm mit 150 M., bis 10 Kilogr. mit 235 M. und bis 15 Kilogr. mit 300 M. frankiert werden. Für die Beförderung nach dem asiatischen Rußland wird der doppelte Betrag erhoben. Die Verantwortung für die Sendungen übernimmt die Handelsabteilung bei der russischen Gesandtschaft in Deutschland.

= **Ein neuer europäischer Zollverband.** Zwecks möglichster Eindämmung der in der Schweiz herrschenden Industriekrise haben die Schweizer Industriellen, die gegenwärtig in Bern eine Tagung abhalten, einen Plan ausgearbeitet, der den Bundesbehörden vorgelegt werden soll. Das Projekt sieht eine Art Zollverband zwischen der Schweiz, Holland, Belgien, Schweden und einem Teil des Balkans vor. In dem Vorschlag heißt es, daß ein solcher Zollverband alle Vorteile eines großen Wirtschaftsgebietes darbiete.

= **Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Schweden und Rußland.** Die Verhandlungen über den Handelsvertrag zwischen Schweden und Sowjetrußland werden nach der Abreise Litwinows mit Kerschenzow weitergeführt. Die Besprechungen werden angesichts der Zögerung von seiten der russischen Regierung, die für die schwedischen Staatsangehörigen durch die russische Revolution entstandenen Verluste zu bezahlen, noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Daß Schweden von Rußland für 200 Millionen Kronen Aufträge erhalten habe, wird von amtlicher Seite dementiert.

= **Privatbewirtschaftung der russischen Gold- und Platinminen.** Die „Information" läßt sich aus London melden, daß die russische Sowjetregierung eine Verfügung veröffentlicht, wonach die Ausbeutung sämtlicher Gold- und Platinminen für die Privatwirtschaft freigegeben ist. Es wird jedoch zur Bedingung gemacht, daß die Erzeugnisse der Gruben der Regierung zu einem von dem Finanzkommissariat festgesetzten Preise zur Verfügung gestellt werden.

= **Aus der Petersburger Tabakindustrie.** Auch die sowjetrussische Tabakindustrie hat den Umschwung der russischen Wirtschaftspolitik zu spüren bekommen. Neuerdings werden die Petersburger Tabakfabriken nicht mehr von der Regierung mit Rohstoffen beliefert, sondern sie sind darauf angewiesen, sich ihre Rohprodukte im freien Handel zu beschaffen. Als Preis für Zigaretten im Einzelverkauf haben 92 000 bis 286 000 Rubel für das Tausend und 20 000 bis 115 000 Rubel pro Pfund Tabak zu gelten.

= **Russische Bestellungen in England.** „Ekonom. Shisnj" teilt mit, daß das Kommissariat für Außenhandel in England zwei Tankdampfer bestellt hat für den Transport von Erdöl auf dem Schwarzen Meer.

= **Goldbestand der Vereinigten Staaten.** Die Vereinigten Staaten verfügen mit den letzten Goldankünften in Washington über 3½ Milliarden Golddollar. Die Federal Reservebank besitzt 930 Millionen Golddollar; damit besitzen die Vereinigten Staaten 45 Prozent des gesamten Goldbestandes der Welt.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	10. Dezember	9. Dezember
Bank Związku I—IX em. (ungest.)	220 + A	220 + A
Bank Handlowy Poznań I—VIII	360 + A	360 + A
Bank Handlowy Warszawa	——	450 + N
Luban	590 + N	600 + A
R. Barcikowski I—IV em.	——	—,—
R. Barcikowski V em.	155 + A	155 + A
Centrala Skór I—III (exkl. Bezr.)	320 + A	320 +
Centrala Rolników I—IV	135 + A	130 + N
Dr. Roman May III	—,—	—,—
" " " IV	—,—	390 + A
Pozn. Spółka Drzewna	1100 + N	1100 + N
Cegielski I—VII em.	175 + A	190 + A
Wytwornia Chemiczna I—II	—.—	190 + N
Patria	335 + A	330 + N
Hurtownia Związkowa	145 + N	145 + N
Inoffizielle Kurse:		
Bank Poznański	120 + N	120 + N
Bank Przemysłowców	200—205 + A	205 + A
Iri	—,—	125 + N
Arcona	—.—	360 +
Wisła	—.—	750 + N
Drzewo Wronki	240—245 + N	——
Hartwig Kantorowicz (exkl. Kupon)	—,—	530—538 + A
Herzfeld Viktorius	—.—	260 + N
Bentzki	510 + A	495—510 +
Wielk. Huta Miedzi	—.	280—285 + N
Wagon Ostrowo	125 + N	——
Orient	180 + N	—,—
4½% Pos. Pfandbriefe	280 + N	—,—

A. = Angebot (polnisch: O. = ofiarowano).
N. = Nachfrage (polnisch: P. = pożądano).
+ = bezahlt (polnisch: + = płacono).

= **Danziger Börse vom 10. Dezember.** Polnische Mark 6,00; Dollar 187; engl. Pfund 785, nicht offiziell wurden notiert poln. Mark 5,70, Dollar 180.

Die Kurse in Moskau.

„Ekonom Shisnj" bringt die Devisenkurse, wie sie von dem Volkskommissariat für Finanzen am 26. September festgesetzt worden sind.

1 Pfund Sterling	Sowjetrubel	231500
Dollar (amerikanischer)	"	62 400
Franz. Frank	"	4 400
Reichsmark	"	600
Schweizer Frank	"	10 759
Schwedische Kronen	"	13 500
Finnländische Mark	"	790
Polnische Mark	"	15
Estnische Mark	"	100
Lettische Rubel	"	105
Ostmark	"	1 600
1 Goldrubel	"	30 000
1 Silberrubel	"	10 000
1 Rbl. Silberscheidemünze	"	5 000
1 Solotnik reines Gold	"	105 000
1 Solotnik Silber 84iger Probe	"	2 500

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.